

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreise:
 Vierteljahr 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Vollbezug: Monats-
 lich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.— Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Vollbezüge nehmen an: Dänemark,
 Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Einzelnagen in die
 Post-Zeitungs-Verkäufe.
 Erscheint täglich.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Einzelgenpreis:
 Die Heftgenpreise sind folgende: 10 Pf. „kleine Ausgaben“, das
 festgedruckte Wort 10 Pf. (täglich
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenplätze und
 Schließstrichstriche das erste Wort
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Die
 Blatte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Feuerungsbeitrag 20 Pf.,
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gesellschaftliche Vereins-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Unter den Eichen 2, ab-
 gegeben werden. Öffnet von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. **Dienstag, den 5. Februar 1918.** Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Pflicht der Regierung.

Wenn wir den Grafen Hertling richtig verstanden haben, so überwiegt in seiner Betrachtungsweise der Streikbewegung das kriminalistische das politische Element. Der Streik ist für ihn nicht in erster Linie eine politische Willensäußerung, sondern etwas Verbotenes, Unerlaubtes, worüber es gar keine Diskussion geben kann. Seine Weigerung, mit Vertretern der Streikenden zu verhandeln, läßt keine andere Deutung seiner Auffassung zu.

Wir wollen uns an dieser Stelle nicht mit dem Standpunkt des Grafen Hertling auseinandersetzen. Wir wollen vielmehr versuchen, in seine Psychologie hineinzuschlüpfen. Denn wir sind der Ansicht, daß auch die Auffassung des Streiks als einer unerlaubten Handlung die Regierung nicht von der Notwendigkeit sehr raschen, einsichtigen Handelns entbindet.

Nach der Hertling'schen Auffassung — wir bleiben im folgenden immer in seinen, nicht in unseren Gedankengängen — haben sich Hunderttausende von deutschen Arbeitern zu unerlaubtem, verwerflichem Tun hinreißen lassen. Ein wirklich sich seiner Verantwortung bewußter Staatsmann wird sich nicht mit dem Gedanken abfinden können, dies Tun zu irgendeiner Zeit unterdrückt zu haben oder seine Unterdrückung durch andere mit angesehen zu haben. Er wird sich auch bei seiner Auffassung fragen müssen: Wie war es möglich, wo liegen die tieferen Ursachen und wie kann ich diese Ursachen beseitigen?

Für den Grafen Hertling ist der Streik ein Kriminalfall. Aber bei plötzlicher Häufung einer bestimmten Art von Strafvorfällen wird sich seine einsichtige Regierung dabei beruhigen, daß Strafurteile gefällt werden.

Rechnen wir beispielsweise den Schleichhandel. Alle Einsichtigen sind sich darüber klar, daß ihn noch so mollenhafte Bestrafungen von Oberbürgermeistern, Stadträten und selbst Polizeioberhäuptern nicht ausrotten werden, so fern daß er nur durch schärfere Beschlagnahme der Lebensmittel beim Erzeuger beseitigt werden kann. Die Beseitigung der sozialen Ursachen ist bei allen Wollensdelikten zehnmal wichtiger und erfolgversprechender, als die Bestrafung; die Vorbeugung ist gegenüber der Abschreckung das ungleich wertvollere Mittel.

Das muß man sich gerade auch dann sagen, wenn man die Dinge vorwiegend kriminalistisch beurteilt. Rechtsstehende Blätter äußern ihre hohe Befriedigung über die Unterdrückung des Streiks. Wir wissen nicht, ob Graf Hertling von dem Verlauf der Dinge ebenso befriedigt ist. Aber, auch wenn dies der Fall sein sollte, so hätte er sich als Staatsmann darüber klar zu sein, daß die mechanische, äußerliche Beilegung des Konflikts seine innere Beilegung nicht überflüssig, sondern erst recht notwendig macht. Kurzum, wenn Graf Hertling auch mit den Streikenden während des Streiks nicht verhandeln wollte, so wird ihm doch sein inneres Verantwortungsgewissen zwingen, wenn auch nicht mit den Personen, so doch mit ihren sachlichen Forderungen, wenn auch nicht während des Streiks, so selbst nach dem Streik „in Verhandlung zu treten“.

Die rechtsstehende Presse empfiehlt dem Reichskanzler allerdings gerade das geeignete Verfahren. Ihr ist der Streik willkommener Anlaß, gegen alle Forderungen des Volkes aufzutreten. Dabei bewegt sie sich in sonderbaren Rirkeln. Einmal bezeichnet sie es als großen Beweis der Reife des Volks, daß nur ein angeblich kleiner Bruchteil gestreift habe, dann aber ist ihr der Streik wieder ein Beweis für die politische Unreife der großen Volksmassen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ beschuldigen sogar die Regierung, die Macht nicht aus den Händen zu geben, die ihr „die bestehenden Gesetze zum Schutz der Arbeitswilligen gegeben haben“.

Noch viel zahlreicher sind die Versuche, die Regierung vom Wege des gleichen Wahls abzuwandeln. Köstlich die Regierung hierauf ein, so würde sie, um in Hertling'schen Gedankengängen zu bleiben, etwa ebenso verfahren, als wenn sie drakonische Strafen auf den Schleichhandel setzte, gleichzeitig aber die Nachprüfung der Lebensmittelbestände bei den Erzeugern aufheben würde. Ein Nachgeben an die Wünsche der Reaktion hieße, nach der Beendigung des Geschehnisses die Ursachen, aus denen es erwachsen ist, noch zu verstärken und zu vergrößern. Ein verantwortlicher Staatsmann wie Graf Hertling wird mit Recht bezweifeln müssen, ob eine solche Methode der Erzeugung einer Stimmung dienlich ist, wie gerade er sie wünscht und wünschen muß.

Es wird sehr viel die Frage der Verantwortlichkeit für den Streik diskutiert. Fest steht, daß die Sozialdemokratie an dem Ausbruch des Streiks durchaus unteilhaftig ist. Ebenso fest steht aber auch, daß sie seit Wochen und Monaten die Regierung gewarnt und immer wieder gewarnt hat. Sie konnte die Stimmung in den Massen und wie immer wieder auf die Mittel hin, der Unzufriedenheit abzuwehren.

Ein Einziges sei hier angeführt: Gerade in den Tagen der größten Erregung tagte die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses. Aber sie beriet nicht das gleiche Wahl-

recht, welches fast das ganze Volk verlangt, sondern jenes war zurückgestellt worden hinter die Beratung der Herrenhausvorlage. Dazu war über das gleiche Wahlrecht im Plenum in einer Weise gesprochen worden, welche in den großen Volksmassen alle Hoffnung auf sein Zustandekommen dahin schwinden lassen mußte. Möglich, daß die Sache für jemanden, der hinter die Kulissen blicken konnte, nicht ganz so kritisch ausfiel, aber das große Publikum sieht nicht hinter die Kulissen und hält sich an das, was es schwarz auf weiß gedruckt liest. Und da konnte es nur Abklage über Abklage von den Parteien lesen, die im Dreiklassenhaus die große Mehrheit bilden.

Was aber war der wesentliche Inhalt der Herrenhausberatung gerade in der kritischsten Zeit? Endlose Reden wurden darüber gehalten, ob der Kronprinz bei seiner Großjährigkeit ohne weiteres ins Herrenhaus gelangen oder ob es hierzu erst einer Verufung seitens des Königs bedürfen sollte. Dann unterhielt man sich über die Rechte aller möglichen Fürstentümer, der Hohenzollern-Sigmaringer, der Augustenburger, der deposedierten Häuser von 1866, der mediatisierten von 1803, darauf kamen die Grafen und edlen Herren, der Großgrundbesitz, die Großindustrie, die Hausbesitzer usw. Am Schluß kamen endlich die Arbeiter, für welche die Regierung überhaupt keine Vertretung vorgesehen hatte. Demgegenüber erschien schon fast grobartig ein konservativer Antrag, der unter den 150 vom König zu berufenden Herrenhausvertretern der Arbeiterschaft ganze sechs Vertreter sichern wollte, wohlgerne, sechs Vertreter, auf deren Wahl die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß haben sollten.

Man wende nicht ein, daß diese Dinge sich zum Teil erst ereigneten, während der Streik bereits im Gange war. Sie haben sicher nicht zur Beruhigung der Gemüter beigetragen und sind nur das letzte Glied dessen, was vorangegangen ist.

Hier ist es Pflicht der Regierung, einen Anfang zu machen. Sie setze alle ihre Macht dafür ein, daß der Wahlrechtsvorlage eine andere Behandlung zuteil wird. Sie kann es durchsetzen, wenn sie will. Sie hat im äußersten Falle das Mittel der Auflösung des Abgeordnetenhauses. Hier kann sie etwas tun, wenn sie will. Und das Interesse des Landes verlangt dringend, daß etwas getan werde.

Das Urteil gegen den Reichstagsabgeordneten Dittmann.

Zeitungsverbote.

Wolffs Bureau meldet vom gestrigen Montag: In der heutigen Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichts vor dem Landgericht II stand die Hauptverhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Dittmann von der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten an. Vorsitzender war Landgerichtsdirektor Leue, Berichterstatter Kriegsgerichtsrat Dr. Koehler, Verteidiger die Rechtsanwälte Haase und Dr. Herzfeld.

Der Berichterstatter beantragte wegen verübten Landesverrats in Lateinheit mit Vergehen gegen § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 6 Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Das Gericht erkannte auf

5 Jahre Festungshaft

wegen verübten Landesverrats in Lateinheit mit Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand und auf 2 Monate Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht nahm das Vorhandensein mildernder Umstände an und erkannte auf Festungshaft, weil es nicht feststellen zu können glaubte, daß die Straftat aus einer ehrlosen Gesinnung entsprungen wäre.

Wegen unerlaubter Veröffentlichung eines Verichts über die Verhandlung sind folgende Zeitungen verboten: „Post“, „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Deutscher Kurier“, „Deutsches Lehrblatt“, „Berliner Blatt“ und „Reichsbote“.

Wir sind infolgedessen nicht in der Lage, über den Prozeß berichten zu können.

Was soll die Berliner Konferenz?

Und wo bleibt der Reichstag?

Ueber die Berliner Konferenz, die von B. L. B. mit großer Heiterlichkeit angekündigt wurde, ist in der Presse ein großes Rätselraten entstanden. Was sollen Kühlmann, Ludendorff, Czernin, Wedel in Berlin? Das „Berl. Tagebl.“ z. B. schreibt:

Die Verhandlungen von Prest-Litowski werden natürlich nicht unerzittert bleiben, aber sie werden bei dieser Beratung anscheinend nicht im Vordergrund stehen. Wenn man sich weiter auf Kombinationen einlassen will, so wird man die Ursache der Berliner Zusammenkunft also anderwärts suchen müssen und es bleiben

dann vor allem zwei Möglichkeiten. Es bleibt die Möglichkeit, daß, neben der territorialen Abgrenzung der Ukraine, Fragen besprochen werden sollen, die sich an die Kriegsziele anderer Staaten gegenüber, zum Beispiel Rumänien oder Italien, oder auf das zukünftige Verhältnis zu einem oder dem anderen dieser Staaten, beziehen. Und es bleibt die Möglichkeit, daß, vielleicht in Verbindung damit, die Regelung ganz bestimmter „politischer und wirtschaftlicher Fragen“ zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wünschenswert geworden ist.

Der Reichstag ist nicht so neugierig wie die Presse, er hat nicht den Wunsch, etwas Näheres zu erfahren, er hat vielmehr in seiner Mehrheit den Wunsch, zu Hause bleiben zu dürfen. Seltsame Zeiten, fürwahr, seltsame Zeiten!

Schweden und Finnland.

Die Interventionsgefahr.

Stockholm, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht d. „Borw.“.) Die Aktivistenhebe für Intervention in Finnland nimmt die schärfsten Formen an, nachdem die Regierung gegenüber einer Deputation konservativer Presseleute eine offizielle Einmischung als derzeit unerwartbar bezeichnete. Die von diesen Presseleuten geplante Freiwilligenwerbung für die finnische Bürgerregierung gibt Gelegenheit zu weiterer aktivistischer Demagogie, der auch die gesamte übrige Presse, ausgenommen die Presse der Linksozialisten, ungeachtet der prinzipiellen Ablehnung der Intervention tatsächlich Vorstoß leistet.

Die aktivistische Presse fällt die Regierung an, weil diese den Waffentransport nach Finnland für die Schützentruppen verbiete. Auf ein Protest Skolas der Palmstjärna gegen solchen Transport wies Palmstjärna Skola an, sich diesbezüglich an den Helsingforsker schwedischen Gesandten zu wenden. Das Verbot des Waffentransports entspricht dem von Schweden gegenüber allen Kriegführenden durchgeführten Verhalten. Der Einwand, daß Finnland kein Kriegführender, sondern ein neutraler Staat sei, ist formell richtig, aber zweifellos würde die Intervention die Konfliktsgefahr mit Rußland verschärfen, da finnische Schützen die russischen Garnisonen gewaltsam zu entwaffnen streben. Viel bemerkt wird das an die Landsbewohner, die eine Vereinigung mit Schweden anstreben, gerichtete Wort des Königs, welches diese Frage als zwischen Schweden und Finnland zu lösende bezeichnet und Rußland ungenannt läßt.

Die Aktivistenhebe darf nicht unterschätzt werden, da einerseits der Gedanke der Befreiung Finnlands von Rußland in der Tradition lebt, andererseits die bürgerliche Klassen-solidarität hier den ideologischen Mantel der nationalen Solidarität mit den finnischen Schweden umhängt.

In Finnland fällt nämlich die Klassenrichtung allgemein mit der nationalen zusammen. Indem man das finnische Proletariat als Ableger und Vasallen eines großrussischen Bolschewismus hinstellt, sucht man die schwedische Bourgeoisie Finnlands als wahre Vertreterin der finnischen Unabhängigkeit auszugeben, obwohl dieselbe sich noch vor einigen Monaten gegenüber der damaligen sozialistischen Landtagsmehrheit auf die russische Koalitionsregierung stützte.

Einstweilen scheint die liberal-sozialistische Koalition Schwedens einer Intervention noch abgeneigt, wobei wohl die Furcht mitwirkt, daß bei dem dann unvermeidlichen Konflikt zwischen der wohlorganisierten konservativen Partei und dem revolutionären Teil des Proletariats der Liberalismus zerrieben und auch die gemäßigten Sozialistenpartei gefährdet würde. Besonders kritisch würde die Situation, wenn die Bedenken verstanden, durch Intervention auf der Innenseite anzuklopfen, was nicht ausgeschlossen ist, wenn die Entente die Hoffnungen auf Rußland endgültig verliert und vielleicht auch bei Schweden entsprechende Konzessionen in der Tonnagefrage erhält.

Jedenfalls ist die Gefahr, in die Weltbühne verwickelt zu werden, für Schweden jetzt die ernsteste seit Kriegsbeginn.

Der Bürgerkrieg in Finnland.

Das Eingreifen der Petersburger Regierung.

Einem Funkpruch zufolge hat die Petersburger Regierung dem Präsidenten der Regierung der finnländischen Republik, in Beantwortung seiner Mitteilung, betreffs Einmischung russischer Truppen in den Bürgerkrieg im Innern Finnlands, folgendes mitgeteilt:

Die russische Regierung erachtet zusammen mit Ihnen die gewalttätige Einmischung russischer Truppenteile in die inneren Angelegenheiten Finnlands für unzulässig, ebenso, soviel wir wissen, auch vom Gesichtspunkt des revolutionären finnländischen Proletariats. Aber jene Nachrichten, die wir von diesen Teilen und ihren Mannschaften erhalten haben, daß sie gegenrevolutionären chauvinistischen Elemente der finnländischen Bevölkerung russische Soldaten angreifen, auf Eisenbahnhänge schießen, u. a. m., rufen wirliche Selbstverteidigungsmassnahmen hervor. Zusammen mit Ihnen halten wir für unbedingt notwendig, in kürzester Zeit Finnland von russischen Truppen zu reinigen.

In Ergänzung von Nachrichten, die gleich nach Ausbruch der Revolution das Eingreifen bolschewistischer Truppen bei Wiborg meldeten, teilt Svenska Telegrambyran am Sonntag mit: Dem hiesigen finnischen Gesandten meldet ein Telegramm aus Helsingfors, daß starke Abteilungen der russischen Roten Gardisten und Soldaten von Petersburg nach Wiborg gekommen sind, um die Revolutionäre zu unterstützen. Die „Dagens Nyheter“ aus Helsingfors erfahren, haben die russischen Matrosen beschloffen, an der Aufstandsbeziehung der Roten Gardisten teilzunehmen.

Der finnische Geschäftsträger, Staatsrat von Gripenberg in Stockholm, hat dem dortigen deutschen Gesandten am 28. Januar einen Protest der finnischen Regierung gegen die Maßnahmen der russischen Regierung überreicht. Der Protest sagt, Rußlands Verhalten bedeute eine „schwere Kränkung Finnlands als selbständiger Staat“. Er ergeht an alle Mächte, die die Selbständigkeit Finnlands anerkannt haben.

Stockholm, 2. Februar. (Meldung des Svenska Telegrambyran.) Die Weißen Gardisten beherrschen nunmehr das ganze Land nördlich von der Linie Rystad—Lammerfors—Wiborg. In Oesterbotten nahmen sie Artillerie, Sprengstoffe, Maschinengewehre und Gewehre. Verstärkungen treffen täglich ein. Der Kampf bei Kerawa dauert an. Es kämpfen mehrere tausend Mann auf jeder Seite. Ruhe scheint zu herrschen in Åbo, Tammerfors und Wiborg. Die Nacht war dort ruhig, aber die Lage bleibt sehr drohend.

Stockholm, 1. Februar. Der Sonderberichterstatter des Svenska Telegrambyran meldet aus Helsingfors vom 31. Januar: Die Weiße Garde besetzt Raumo, Lovisa und Borga. Viele Russen verlassen nicht nur die Ålandinseln, sondern überhaupt Finnland. In Helsingfors herrscht trotz des Ausstandes Ruhe. Die neue Regierung hat befohlen, die Staatsbank zu öffnen und die Einlagen der Privatbanken durch die Staatsbank auszusahlen. Die Räter und Kleinräter wurden für vollständig frei erklärt.

Die Verwaltung der Provinzen und Gemeinden ist in die Hände der organisierten Arbeiter übergegangen.

Deutschland und Bulgarien.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Bulgarien und wir“:

Die letzten Verhandlungen der bulgarischen Sobranje stellen ein kräftiges Zeugnis zu der Bündnispolitik dar, der Bulgarien die großen Erfolge dieses Krieges verdankt. Mit besonderer Aufmerksamkeit sind hier auch die Äußerungen zur Kenntnis genommen worden, die sich auf die Verhandlungen des Hauptauskaufes bezogen. Von einigen Rednern wurden daraus, daß der Reichskanzler in seiner Rede Bulgarien nicht erwähnte, Schlüsse gezogen, die wir nicht unwillkürlich lassen können. Es wurde mit einer gewissen Polongnis angedeutet, daß die deutsche Politik hinsichtlich der Behandlung der bulgarischen Kriegsziele eine Schwankung unterworfen zu haben scheint. Zu solcher Besorgnis liegt jedoch kein Grund vor. Nach der ganzen Anlage der Konferenz war dies in erster Linie eine Antwort auf die Politik Wilsons. Bulgarien, das sich mit den Vereinigten Staaten nicht im Kriegszustand befindet, war deshalb in dieser Hinsicht nicht erwähnt. Wir erinnern unsere bulgarischen Freunde daran, wie immer in den offiziellen Regierungs- und Landgebungen, im Parlament und in der führenden Presse betont worden ist, daß die deutsche Regierung unverwundlich an den vertraglichen Vereinbarungen mit Bulgarien festhalte. Diesem unerschütterlichen Willen von Regierung und Volk ist auch in der letzten Sitzung des Haushaltsauskaufes aus der Mitte der Abgeordneten und von Seiten der Regierung durch den Staatssekretär von Kühlmann in seiner Rede am 20. v. Mts. erneut Ausdruck gegeben worden. Wenn nun in Sofia ein besonderes Wort des bulgarischen Reichskanzlers vermischt wurde und einige bulgarische Redner seinen Ausführungen entnahmen, daß sich Deutschlands Interesse am künftigen Schicksal Bulgariens vermindert habe, so ergibt sich aus dem Vorgesagten die Unrichtigkeit dieser Folgerung von selber.

Die gefälschten Telegramme der Petersburger Telegraphen-Agentur.

Amsterdam, 3. Februar. Ueber die Darlegung Trozki in Brest-Litowsk bezüglich der gefälschten Telegramme der Petersburger Telegraphen-Agentur sagt „Gandelsblad“, daß irgendwo in der Welt geheime Kräfte an der Arbeit zu sein scheinen, welche mit allen Mitteln versuchen, den Frieden in Brest-Litowsk scheitern zu lassen. Es wird wirklich hohe Zeit, daß diesem Verdrehen und Verstümmeln ein Ende gemacht wird.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt die in Brest-Litowsk abgegebene Erklärung Trozki mit, wonach er festgestellt habe, daß der von der Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlichte Bericht über die Sitzung vom 20. Dezember, der eine unrichtige Darstellung enthielt, aus Petersburg niemals abgefaßt worden sei. Die von der deutschen Presse fälschlich gegen die Petersburger Telegraphen-Agentur erhobene Anklage richtete sich also gegen die, die dieses Telegramm nach Stockholm oder Berlin gefaßt hatten. — Wolffs Bureau bemerkt: Hierzu kann mitgeteilt werden, daß jenes Telegramm zuerst in der dänischen Presse am 3. Januar durch Ribaus Bureau verbreitet worden ist. Das in dieses gerichtete Originaltelegramm ist unterschrieben „Westnil“ (das ist der russische Name der Agentur) und ist datiert aus Petersburg vom 2. Januar.

Arbeiterorganisationen zu kaufen gesucht! Die Entente in Schweden.

Stockholm, 1. Februar. Nyhetsbyran erzählt aus Helsingfors: Die Petersburger „Iswestija“ vom 20. Januar veröffentlichte wiederum vier Geheimdokumente. Eines davon ist ein Telegramm des früheren russischen Gesandten in Stockholm Gulljewitsch. In diesem Telegramm wird ein Plan entwickelt, wie man die schwedische Presse und die schwedischen Arbeiterorganisationen kaufen kann. Der amerikanische und der englische Gesandte versuchten sich gegenüber dem Versuch, die Presse unmittelbar zu beeinflussen, abweisend, der französische Gesandte jedoch schlug vor, die Propaganda solle nicht durch Stockholms Telegrambyran betrieben werden, sondern durch Einwirkung auf die Arbeiterorganisationen, die ihrerseits wieder die Presse beeinflussen würden. Gulljewitsch schlug vor, daß der

Die Frage der Vertretung der westlichen Randvölker Rußlands.

Brest-Litowsk, 3. Februar. Heute vormittag hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine weitere Sitzung ab. Die Besprechungen begannen mit einer Äußerung des Staatssekretärs v. Kühlmann zu der Frage der

Einladung bzw. Zulassung von Vertretern der westlichen Randvölker

zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Staatssekretär erklärte, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben. Herr Trozki führte demgegenüber aus:

Die Frage der Zulassung einer Abordnung der polnischen Regierung als der Regierung eines selbständigen Staates zu den hiesigen Verhandlungen sei aufgetaucht, als die russische Delegation diesen Gegenstand gestreift habe, um das Augenmerk darauf zu lenken, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkennt, die Heranziehung einer Vertretung Polens zu den Verhandlungen jedoch nicht angeregt hätten. Daraufhin habe die Gegenpartei allerdings erklärt, daß sie diese Frage einer wohlwollenden Prüfung unterziehen würde.

Hierauf fuhr Herr Trozki fort: „Wir unsererseits erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange an, aber wir können nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß diese Selbständigkeit nur eine scheinbare ist, solange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Gerade deswegen, weil wir die Selbständigkeit des polnischen Volkes und seines Staates anerkennen, können wir, ohne die Selbständigkeit des polnischen Staates anzutasten, doch nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der bestehenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen.“

Als bevollmächtigt zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die breiten Massen stützen würde. Er möchte darauf aufmerksam machen, daß die russische Delegation, wenn sie die Regierung des Herrn Rucharszewski nicht als die bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansehe, damit durchaus nicht sage, daß sie die Unabhängigkeit des polnischen Staates und des polnischen Volkes nicht anerkenne.

In Erwiderung hierauf wies Staatssekretär v. Kühlmann zuerst auf die Äußerungen hin, welche die Vertreter der Mittelmächte bei den Kommissionsitzungen am 11. und 15. Januar zu dieser Frage abgegeben haben.

Anschließend bemerkte der Staatssekretär, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Randvölkern heute die Polen ausgenommen habe. Die Angelegenheiten der Polen, Litauer und Leten seien bisher zusammen erörtert worden, er glaube aber,

einen gewissen Fortschritt

darin erkennen zu können, daß Herr Trozki die Selbständigkeit des polnischen Staates im vollen Umfange anerkannt habe. Wenn der Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen westlichen Randvölker Rußlands die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiermit einen erheblichen Schritt vorwärtskommen.

In Beantwortung einer vorher gefallenen Bemerkung Herrs Trozki, daß die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, erklärte Herr von Kühlmann, er sei über die Vorgänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet, doch seien ihm von zuverlässiger finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber zugekommen, daß die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe und daß die mehrfach geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen vom finnischen Territorium von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden seien. Die Stellungnahme zu den durch die Ereignisse in Finnland geschaffenen Zuständen müsse daher durchaus vorbehalten bleiben.

Minister des Neuherren Graf Czernin wies darauf hin, daß Herr Trozki eine ganz richtige Unterscheidung zwischen Staaten und deren Regierungen gemacht habe. Herr Trozki erkenne nun die Selbständigkeit des polnischen Staates an, wolle jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diesen Staat zu vertreten, nicht anerkennen.

Mit Befriedigung konstatierte er, daß Herr Trozki mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens die Existenz und die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, womit eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte angebahnt zu sein scheint. Dagegen vermöge er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, dem Schiedspruch einer dritten Regierung unterliege.

Zur finnländischen Frage

bemerkte sodann Herr Trozki: Die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, so daß sich damals noch Truppenteile, die am Kriege teilnahmen, auf finnländischem Boden befanden. Als der finnische Staat sich mit der Bitte um Aner-

kennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewandt habe, habe dieser selbst den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abschluß des Krieges zurückgezogen würden, falls es nicht aus militärischen Rücksichten möglich wäre, sie schon früher zurückzuziehen. Zur Verbeiführung eines Einverständnisses über sei eine Kommission gebildet worden. Als nun in Finnland die Revolution der Arbeitermassen begann, habe sich die finnische Sozialdemokratie an die russischen Truppen mit dem Wunsch gewendet, daß sich diese nicht in die Kämpfe einmischen möchten. Ein diesem Wunsche entsprechendes Telegramm sei von ihr selbst an die finnische Regierung gefaßt worden, es sei nicht ausgetauscht worden, daß zwischen Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch leugne er, daß diese Zusammenstöße irgendwelchen Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe in Finnland hätten haben können. Was die

Heranziehung polnischer Vertreter

betreffe, so werde an die russische Delegation wieder die Frage gerichtet, ob sie die Unabhängigkeit Polens anerkenne oder nicht. Es sei klar, daß diese Frage eine Zweideutigkeit enthalte. Er erkenne in vollem Umfange und unbeschränkt das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber er wolle nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt sei und daß die sogenannte polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben her gesteckt würden. Sei der polnische Staat ein Staat, so müsse er geographische Grenzen haben. Sei das polnische Königreich ein Königreich, so müsse es einen König haben. Wenn der Staat jedoch Grenzen noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich. Man habe es hier mit noch nicht endgültig gestellten Verhältnissen zu tun.

Auf die Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation habe er zu erwidern, daß seine Meinung durchaus nicht als Schiedsrichter in dieser Frage aufzutreten wolle. Sie schlage nur einen Weg für die Nachprüfung der Vertretung der polnischen Regierung vor.

In Erwiderung hierauf bemerkte Minister des Neuherren Graf Czernin, er möchte darauf aufmerksam machen, daß die Delegierten der verhandelnden Mächte nicht hierher gekommen seien, um einen geistigen Ringkampf auszufechten, sondern um zu versuchen, ob und inwiefern es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen.

Für den Vertreter eines fremden Staates sei es schwer, festzustellen, inwiefern in einem anderen Staate die dort bestehende Regierung zu Recht bestehe. Die Fortsetzung der Erörterung über diese Frage sei seiner Ansicht nach unfruchtbar. Der polnische Staat sei in Entwicklung begriffen und sein Entwicklungszustand sei noch nicht abgeschlossen, deshalb habe Polen, wie Herr Trozki ganz richtig bemerkt habe, auch noch keine feststehenden Grenzen, aber auch die russische Republik sei noch in der Entwicklung begriffen, habe noch keine feststehenden Grenzen, was insofern die Mächte des Vierbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln, ohne sich auf eine Prüfung ihrer Legitimität einzulassen. Wenn Herr Trozki gegen die Mächte des Vierbundes den Vorwurf zu erheben scheine, daß sie die neue finnische Regierung nicht anerkannt, so müsse er feststellen, daß ihm von der Seite einer Nichtanerkennung nichts bekannt sei. Daß die Mächte des Vierbundes übrigens auch bereit seien, mit Regierungen zu verhandeln, die sie für ziemlich radikal halten, gehe aus der Tatsache der Dreier-Verhandlungen zur Genüge hervor.

Staatssekretär von Kühlmann fügte hinzu:

Die zweite Erklärung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation habe bestätigt, daß es schwer sei, ohne den Wortlaut so weitreichender Erklärungen vor sich zu haben, sich ein festes Urteil über das Besagte zu bilden. Da ein Widerspruch in den Erklärungen eines so geschulten Diplomaten, wie es der Herr Trozki sei, ausgeschlossen erscheine, so liege offenbar ein Mißverständnis von seiner Seite vor. Aus der ersten Erklärung Herrs Trozki habe er den Eindruck gewonnen, als hätte der Redner damit risikolos und in vollem Umfange die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt, nun habe aber Herr Trozki in einer zweiten Erklärung ausgeführt, daß Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei. Es sei allerdings schwierig, die Selbständigkeit eines Staates anzuerkennen, der gar kein Staat sei. Er müsse doch darauf hinweisen, daß man sich vollständig in die Wollen verliere, wenn man die Grundlagen einer gesunden juristischen Konstruktion verlässe.

Am Schluß machte Staatssekretär von Kühlmann Mitteilung davon, daß er durch unabweisbare Pflichten gezwungen sei, auf kurze Zeit zu verreisen, die Zeit, die infolge seiner Abwesenheit für die Sitzungen der politischen Kommission verloren gehe, würde durch Verhandlungen von Nacht zu Nacht zwischen anderen in Brest vertretenen verbündeten Delegationen und der russischen Abordnung sowie durch Arbeiten der Rechts- und Handelskommission auszufüllen sein. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 3. Februar. U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 Br. R. T.

Die Schiffe waren fast sämtlich tief beladen und wurden zum größten Teil im Vermellanal versenkt. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Geleite herausgeschossen. Kometisch festgehalten konnte der englische Dampfer Dungrove (3008 T.) werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Luftangriffe auf Paris und London.

Paris, 3. Februar. (Dabos.) Bei dem Luftangriff am 30. und 31. Januar wurden in Paris 23 Personen getötet, darunter 11 Frauen und 2 Kinder, und in der Banneville 16, darunter 3 Frauen und 3 Kinder. Berest wurden in Paris 134 Personen, darunter 50 Frauen und 10 Kinder, und in der Banneville 72, darunter 36 Frauen und 7 Kinder.

London, 3. Februar. (Neuter.) Die amtlichen Vollzeiberichte geben die Veranlassungen, die durch den Luftangriff in der Nacht vom 28. zum 29. Januar in allen von den feindlichen Flugzeugen berührten Bezirken entstanden, soweit sie bekannt sind, folgendermaßen an: Tote 58, Verwundete 173. Von obigen Verletzten wurden 30 Personen getötet und 91 verwundet in einem einzelnen als Schauplatz für Luftangriffe benutzten Gebäude. Die Befestigung der Trümmer dieses Gebäudes wird bedeutend erschwert durch den gefährlichen Zustand des Bauwerks. Es ist möglich, daß noch mehr Leichen gefunden werden.

französische Gesandte zu diesem Zweck 100 000 Kronen erhalten solle. Auch der italienische Gesandte in Stockholm billigte den ganzen Plan.

Zu dieser aufsehenerregenden Nachricht veröffentlicht der französische Gesandte eine Erklärung, in der er mitteilt, er habe in einem Bericht an seine Regierung seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß die Alliierten niemals daran gedacht hätten, zur Unterstützung ihrer Sache in der öffentlichen Meinung in Schweden die Methoden des feindlichen Propagandaarbeiters anzuwenden, der mit so bemerkenswertem Erfolge gearbeitet habe.

„Sozialdemokraten“ heißt fest, daß die Gewerkschaften niemals von der Entente ein Angebot bekommen haben.

Verschwörer gegen Lenin.

Stockholm, 3. Februar. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: In der Sonderkommission des Kampfes mit der Gegenrevolution ist beschlossen worden, alle Mitglieder der Zeitung „Wolja Katoda“ (Kouonow, Stalinski, Fried. u. a.) zu verhaften, da sie die Verschönerung gegen Lenin vorbereiten und unterstützen hätten. Außerdem ist festgestellt worden, daß in Petersburg sich eine besondere Gruppe der Verschwörer gebildet hatte, die es sich unter heiligsten Schwüren zur Aufgabe gesetzt hatte, einen Volkskommissar nach dem andern und die Mitglieder des Smolny-Instituts zu ermorden. Diese Verschwörer kamen von der Provinz nach Petersburg. Dieselbe Sonderkommission meldet, daß große Vorräte an Waffen und Sprengstoffen entdeckt wurden.

Der Kriegsverratsprozess gegen die englischen Fliegeroffiziere.

Berlin, 3. Februar. (W. Z. B.) Zu der in der deutschen Presse gemeldeten Verurteilung der englischen Fliegeroffiziere Scholz und Wooley wird noch folgendes berichtet: Seit mehr als zwei Jahren werden von englischen Offizieren Flugschriften aufzeichnenden Inhalts hinter den deutschen Linien abgeworfen, um durch Wort- und Bildschilderung des guten Lebens der deutschen Gefangenen in England unsere Truppen zum Ueberlaufen zu verführen. Da bereits im März 1918 zwei deutsche Offiziere von der Entente wegen Abwurfs von Flugblättern vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt waren, ein Urteil, das später allerdings in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt wurde, und da ferner Frankreich angekündigt hat, es würde deutsche Offiziere, die Flugschriften hinter den französischen Linien abwürfen, bei Gefangennahme vor ein Kriegsgericht stellen, wurden als Vergeltungsmassregel nunmehr die beiden englischen Flieger vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt. Sie wurden des vollenbenedeten Kriegsverrats für schuldig befunden und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Tagung des Obersten Kriegsrats der Alliierten.

Der Oberste Kriegsrat der Alliierten hat vom 30. Januar bis 2. Februar in Versailles getagt. Ein amtlicher Bericht, den Reuters aus London verbreitet, sagt:

Der Oberste Kriegsrat beschäftigte sich sehr eingehend mit den letzten Neuherungen des deutschen Reichsanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen. Er konnte aber in diesen Neuherungen keine tatsächliche Annäherung an die gemäßigten Bedingungen finden, die von allen Regierungen der Alliierten aufgestellt worden sind. Diese Ueberzeugung wurde nur vertieft durch den Eindruck, den der Gegenstand zwischen den verlaublichen idealen Zielen, mit denen die Mittelmächte in die gegenwärtigen Verhandlungen in Vrest-Bitows? eintraten, und ihren nun offen und unverhüllt zutage liegenden Eroberungs- und Verabundungsplänen hervorrief. Unter diesen Umständen entschied der Oberste Kriegsrat, daß die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten darin besteht,

mit der äußersten Kraftanstrengung in geschlossener und wirksamster Zusammenarbeit die militärischen Bemühungen der Alliierten fortzusetzen,

bis deren Druck in den feindlichen Regierungen und Völkern einen Stimmungsumschwung hervorgerufen hat, der die Hoffnung auf den Abschluß eines Friedens unter Bedingungen rechtfertigen würde, die keine Aufgabe all der Grundsätze der Freiheit, Gerechtigkeit und Achtung vor dem Völkerrecht, für die die Alliierten eintraten, vor dem angriffslustigen und nichts bezweckenden Militarismus bedeuten.

Die von dem Obersten Kriegsrat demgemäß angenommenen Entschlüsse besahen sich nicht allein mit der allgemeinen militärischen Politik, die von den Alliierten auf allen Hauptkriegsschauplätzen befolgt werden soll, sondern noch besonders mit der geschlosseneren und wirksameren Zusammenfassung aller Anstrengungen der gegen die Mittelmächte kämpfenden Länder unter der Leitung des Kriegsrates.

Der Wirkungsbereich des Rates selbst wurde erweitert, und die Grundzüge der Einheit in Politik und Handeln, wie sie im letzten November in Rapallo aufgestellt worden waren, weiter in konkreter und praktischer Weise ausgebaut. Nach ausgiebiger Erörterung der zu befolgenden Politik und der Wahnahme zu ihrer Ausführung kam es zu einer vollen Uebereinstimmung. Die Alliierten sind im Herzen und Willen einzig nicht infolge irgendwelcher geheimter Pläne, sondern in ihrem offenen Entschluß, die Zivilisation gegen einen gewissenlosen und brutalen Oberherrschafsucher zu verteidigen. Diese Einmütigkeit ist gleich stark hinsichtlich der einzuschlagenden militärischen Politik wie hinsichtlich der zu ihrer Ausführung nötigen Maßnahmen. Sie wird die Alliierten in Stand setzen, der Gewalttätigkeit des feindlichen Angriffes mit festem und ruhigem Vertrauen zu begegnen, mit äußerster Tapferkeit und aus dem Wissen heraus, daß weder ihre Kraft noch ihre Standhaftigkeit erschüttert werden kann.

Zum Schluß rühmt der amtliche Bericht die „unbegrenzte Tapferkeit“ der Entente-Soldaten und ebenso die „edle Ausdauer“ der Zivilbevölkerungen. Beides zeuge für die Kraft der betonten Grundsätze der Freiheit, die den militärischen Erfolg der Alliierten mit dem Ruhm eines großen moralischen Triumphes krönen werden.

Die Wavas meldet, hat Clemenceau sich über den Verlauf des Kriegsrates äußern befriedigt ausgesprochen. Das europäische Kriegsmorden geht also weiter.

Genf, 4. Februar. „Bots“ kritisiert die Konferenz von Versailles, die alles beim alten gelassen habe, obwohl man längst erkannt haben müßte, daß mit den bestehenden Methoden ein Sieg unmöglich ist.

Nachklänge zu den Züricher Unruhen.

Bern, 4. Februar. (Frankf. Zig.) In seinem Bericht über die Züricher Unruhen stellt der Züricher Regierungsrat fest, daß ausländische Einflüsse bei den Tumulten selbst nicht in Betracht kämen. Unter den bei den Ausschreitungen Verhafteten befindet sich nur ein kleiner Teil Ausländer, meistens Italiener, die zum Anarchismus neigen. Als wichtigste Ursache der Unruhen wird die Falschheit angeführt, daß ein großer Teil der Bevölkerung unter dem Drucke schwerer Not in eine feilsche Verfassung geraten sei, die zu gewalttätigen Ausbrüchen stark geneigt mache. Die verteilten Flugblätter zeigten deutlich, wie die aus ganz anderen politischen Verhältnissen herausgewachsene russische Revolution auch in der Schweiz die Geister verwirre. Die Hauptträger dieser Revolutionsstimmung seien die sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Der Regierungsrat ist sich, wie erklärt wird, bewußt, daß man mit Polizei- und Militärmassnahmen gegen diese Erbitterung, die in den weiten Kreisen des Volkes unter dem Einflusse der Not herrsche, nichts erreichen könne. Er bemühe sich nach besten Kräften, diese Not zu lindern.

Artilleriefener und Erkundungsvorstöße im Westen — Artilleriekämpfe zwischen Esch und Piawé.

Amlich. Großes Hauptquartier, 4. Februar 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich namentlich in Flandern zwischen dem Ponthouker Walde und der Ys sowie beiderseits der Scarpe gegen Abend steigerte.

Westlich von Bellecourt scheiterte ein harter Erkundungsvorstoß der Engländer; an der Ailette nördlich von Bray drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Positionen ein.

Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Begonvaux 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und 2 Zerstörer zum Absturz gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Esch und Piawé vielfach Artilleriekämpfe.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 4. Februar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 4. Februar 1918. Amlich wird verlautbart:

Zwischen Esch und Piawé lebhafteste Artilleriekämpfe. Westlich der Brenta wurden zwei feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Kleine Kriegsnachrichten.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz übergriffen am 31. Januar, wie das österreichische Kriegspressquartier meldet, über 1700 Russen mit Pferden und Fuhrwerken unsere Linien. Es sind dies Teile russischer Truppen, welche im Kampfe mit Rumänen gekämpft waren und sich vor diesen auf unser Gebiet zurückzogen.

Der Streik in München beendet.

München, 4. Februar. Eintigungsverhandlungen, die zwischen den von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei geführten Ausständigen und der sozialdemokratischen Partei angebahnt wurden, waren von Erfolg begleitet. In einer Sonnabendabend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Sitzung erklärten die Streikführer unter dem Druck der Verhältnisse, sich der Aktion der sozialdemokratischen Partei anzuschließen zu wollen. Damit ist die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Münchener Betrieben am Montag früh gesichert. Die Streikbewegung in München hat also nach viertägiger Dauer ihren Abschluß gefunden. Störungen der öffentlichen Ruhe waren im Verlauf der Bewegung nicht zu verzeichnen.

Lasset die Kindlein zu mir kommen — aber nicht von Streikenden.

Der Rittergutsbesitzer A. Becker aus Gumenz, Bezirk Adßlin, veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Einfindung:

Im vorigen Sommer habe ich vier bis fünf Monate lang außer den Kindern, die von meinen braven Gutsleuten und in der Gemeinde heimtrot wurden, 80 Jungens aus den Industriebezirken Westdeutschlands und aus Berlin auf meinem Gutshof in Quartier gehabt. . . . Jetzt kommt die erneute Anfrage von Seiten des Landratsamtes an mich, ob ich auch diesen Sommer 80 Jungens aufnehmen will. Gern bin ich dazu bereit, jedoch nur unter der Bedingung, daß mir die Kinder von Seiten der betreffenden Arbeitgeber eine Versicherung mitbringen, daß die Angehörigen der Kinder sich nicht in einem Streik befinden. Denn ich bin nicht gewillt, Müßiggängern die Hand zu reichen, die, wenn auch von niedrigen, landverderblichen Aufgehern versöhrt, in Deutschlands schwacher Stunde unseren tapferen, heldischen Truppen durch ihr schmachvolles Verhalten in den Rücken fallen und durch ihre ruchlosen verätherischen Streiks England, Amerika, Frankreich und den anderen Feinden, die uns Verteidigung geschworen, die eilrigsten Dienste leisten und dadurch unser erhabenes Völkergesamthaus, dem das Vaterland so unendlich viel verdankt, zu stürzen drohen, um an seine Stelle selbstsüchtige dunkle Ehrenmänner von internationaler Klasse zu setzen, Menschen, die ferner durch ihre fortwährend drohende Haltung die Kraft der Regierung, der Diplomatie und schließlich auch der obersten Heeresleitung hemmen und zu zerstückeln suchen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ zollt dieser Einfindung Beifall, indem sie diese mit der Ueberschrift verleiht: „Ein billiges Verlangen.“ — Wir sind der Ansicht, daß die Aufnahme von Stadtkindern durchaus nicht ein einseitiges Geschenk der Landwirte darstellt, — viele Stadtkinder haben für das Essen recht tüchtig gearbeitet. Aber sagt man sie rein als eine Vergünstigung auf, so gebührt allerdings eine recht noble Gefinnung dazu, die politische Gegnerschaft der Eltern an den Kindern zu rächen, eine Gefinnung, um die wir den Rittergutsbesitzer Becker samt der „Deutschen Tageszeitung“ nicht beneiden.

Der Frankfurter Magistrat für eine demokratische Gemeindeverfassung.

In Frankfurt a. M. hat unsere Stadtverordnetenfraktion zur Neuordnung der Gemeindeverfassung folgenden Antrag eingebracht: „Stadtverordnetenversammlung und Magistrat mögen bei der Kgl. Staatsregierung dahin vorstellig werden, daß sie dem Landtag folgende Vorlage macht wegen

1. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts für die Gemeindevertretungen sowie die Kreisräte;
 2. Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs in den städtischen Vertretungen;
 3. Aufhebung des Befähigungsrechts für gewählte Gemeindeorgane;
 4. Beschränkung des häuslichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Ansetzung ungeschlichteter Verwaltungsakte der Gemeinden vor den ordentlichen Gerichten
- in allen Städteordnungen und Landgemeindeordnungen.“

Ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei bewegt sich mit einigen Abweichungen in gleicher Richtung. Nur will er das Wahlrecht statt von 21 Jahren an, erst im 24. Lebensjahre, und statt nach halbjährlichem Gemeindefesthalten bei einjährigem Wohnsitz gewähren. Im Namen des Magistrats erklärte der Oberbürgermeister Bogt, daß der Magistrat den Grundgedanken der beiden Anträge vorbehaltlos zustimme. Wer den inneren Frieden in unserem Vaterlande erhalten wolle, müsse für eine Reform der Gemeindeverfassung eintreten. Ohne Aufhebung des Zensus seien nicht nur viele Frauen, sondern auch Kriegsbefähigte nicht wahlberechtigt. Der Magistrat habe sich aus Gründen der Gerechtigkeit für das Frauenwahlrecht erklärt. Er sei für die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und für die Wahlbarkeit der Gemeindebeamten. Auch der Aufhebung des Rechts des Königs auf Ernennung des Ersten Bürgermeisters und auf Bestätigung des Zweiten Bürgermeisters stimme er zu. Die Stadtverordnetenversammlung müsse das Recht zu selbständigen Eingaben haben, das staatliche Aufsichtsrecht sei wesentlich einzuschränken.

Mit großer Mehrheit wurde folgende Formulierung angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt die Stellungnahme des Magistrats, die mit den Grundzügen der Anträge der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie übereinstimmt, und erucht den Magistrat, gemeinschaftlich mit ihr in einem gemischten Ausschuss, bestehend aus 7 Stadtverordneten und 8 Magistratsmitgliedern, die Eingabe an die königliche Staatsregierung und die beiden Häuser des Landtags fertigzustellen.“

Scheidemann in Moabit.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat eine Mitteilung über meine angebliche Anwesenheit „bei den Unruhen in Moabit“ veröffentlicht. Ich weiß von diesen Unruhen nicht mehr, als jeder Zeitungsläser davon wissen kann. Was ich zu der Mitteilung der „D. T. Z.“ im „Vorwärts“ sagen wollte, werde ich leider erst sagen können, wenn der Reichstag wieder versammelt ist.

Berlin, den 4. Februar 1918.

H. S. Scheidemann.

Industrie und Handel.

Geldüberflutung.

Die Banken und Sparkassen wissen sich der größten Geldflut kaum zu erwehren, obwohl doch die Kriegsanleihen in ihrem zweimaligen jährlichen Turnus eine hübsche Dosis von Milliarden aufsaugen. Der Monat Dezember 1917 allein hat den Sparkassen einen Zufluss von Geld gebracht, der denjenigen aller früheren Monate übertrifft. „Die Sparkasse“, das Amtsblatt des Deutschen Sparkassenverbandes, berechnet ihn auf dreiviertel Milliarden Mark. Nimmere berechnet „Die Sparkasse“ den reinen Zuwachs von Einlagen bei den deutschen Sparkassen für das Kalenderjahr 1917 — einschließlich 700 Millionen Mark gutgeschriebenem Zinsen — auf mindestens 8 1/2 Milliarden Mark. Dabei sind die von den Sparern im Laufe des Jahres auf Kriegsanleihen gezahlten Beträge voll in Abzug gebracht. In Friedenszeiten betrug die Jahreszunahme höchstens eine Milliarde Mark. Auch die Zahl der Sparbücher hat ganz ungewöhnliche Vermehrung erfahren, indem sie um mindestens 1 1/2 Millionen Bücher gewachsen ist.

Im Flandern Kohlenstöße.

In dem bisher gänzlich industriearmen Flandern sind im südlichen Teile der Provinz Limburg kurz vor dem Kriege und während seiner Dauer mächtige Lager bester Industriekohle entdeckt worden. Der belgische Staat hatte bereits eine Anzahl Kohlengrubenkonzessionen in diesem Kempener Lande (La Campine) vergeben, doch waren bisher noch keine größeren Bergwerksanlagen errichtet worden.

Durch Verordnung des Generalgouverneurs von Belgien sind jetzt die Kohlenkonzessionen wieder eingezogen worden. Soweit sie Angehörigen der Entente-Staaten verliehen waren, 10 760 Hektar Kohlen fördern dadurch in den Besitz des belgischen Staates zurück, und soll das selbständige Flandern entsteht, hat es dadurch von vornherein ein ungeheuer wichtiges Vermögensstück. An der Erschließung der Kohlengruben im Kempener Lande sollen auch die größten flandrischen Städte wie Antwerpen, Gent und Brüssel beteiligt werden.

Letzte Nachrichten.

Clemenceaus Kriegsgericht gegen Gailung.

Bern, 4. Februar. Die Tätigkeit der französischen Sozialisten gegen Clemenceau dauert an. Die Deputierten Montel und Renaudel brachten eine Interpellation über die Bedingungen ein, unter denen die Militärjustiz funktioniert. Sie gehen dabei von der Tatsache aus, daß Clemenceau am 24. Dezember als Chef der Militärjustiz den General Dubail ernannte, den durch seine scharfen nationalistischen Ansichten bekannten Obersten Gavart als Vorsitzenden für ein bei Paris Kriegesgericht, vor dem die Skandalaffären zur Sprache kommen werden, zu bestimmen. Dubail weigerte sich unter dem Hinweis, daß seit der Dreihundertjährigen Vorherrschaft und Richter der Kriegesgerichte halbjährlich im voraus bestellt werden. Clemenceau fand erst von dem Verlangen ab, als Dubail seine Entlassung anbot.

Der Versailleser Kriegsrat über den Parlamenten?

Amsterdam, 4. Februar. Der „Times“ wird gemeldet: Nach einem Washingtoner Telegramm der New York Sun hat das amerikanische Kabinett die Befehle des Obersten Kriegsrates in Versailles erwogen und dementsprechend das folgende Programm aufgestellt: Amerika wird in Uebereinstimmung mit den Ententemächten dem Obersten Kriegsrat seine Bevollmächtigung zur Ausführung aller gefassten Beschlüsse hinsichtlich der militärischen Operationen erteilen, ohne daß solche Beschlüsse den in Frage kommenden Regierungen vorgelegt zu werden brauchen.

Die „Sun“ sagt, daß der Oberste Kriegsrat seine größere Macht namentlich den anhaltenden Bemühungen des Präsidenten Wilson zu danken habe, welcher zusammen mit dem Obersten Hause den Versuchen Widerstand leistete, in die Arbeiten des Obersten Kriegsrats einzugreifen. Dieser werde nun fortan übermächtig sein.

Winsk von polnischen Truppen erobert.

Stockholm, 4. Februar. (Z. U.) Winsk ist von polnischen Truppen nach einem blutigen Kampf mit den Volksgewaltstruppen genommen worden. Die Oberste polnische Heeresleitung erklärt an das ganze polnische Volk einen Mobilisierungsauftrag und fordert alle Polen auf, aus den russischen Regimentsern auszutreten und unter der eigenen Nationalfahne zu stehen. Sogar Frauen, Kinder und Greise werden aufgefordert zu den polnischen Formationen hinter der Front sich als Sanitäter usw. zu stellen. Ein ähnlicher Aufruf ist von den Polen in Rjewe verbreitet worden. Die polnischen Truppen in Posen, Petersburg und Winsk verbreiten diesen Aufruf unter allen in Rußland wohnenden Polen und den fast 3 Millionen polnischen Emigranten. Der Sitz des Mobilisierungskomitees ist Winsk.

Gewerkschaftsbewegung

Der „Korrespondent“ zum Tode Emil Döblins.

Das Organ des Verbandes der Buchdrucker wendet dem verstorbenen Führer der Organisation u. a. folgenden Nachruf:

Emil Döblins Heimgang wirkt um so erschütternder, als er gleichzeitig bekannntgegeben muß mit der Nachricht von dem Dahinsinken eines seiner besten Freunde und eiferwollen Mitarbeiter an den Werken des Verbandes und der Tariffrage: unseres lieben Wilhelm Dreier in Hamburg. Das sind gar harte Schicksalsschläge auf einmal!

Unverwartet trifft Döblins Tod seine Umgebung nicht. Seine Krankheit, die auf ein erst zuletzt erkanntes schweres Leberleiden zurückzuführen ist, hatte sich seit Wochen so verschlimmert, daß seine Familie und seine Vorstandskollegen mit schmerzlichen Bedauern die Hoffnung auf eine günstige Wendung schwinden sehen mußten. Begleiterscheinungen mehrfacher Art, wobei fast ganz unterbrochene Nahrungszunahme einen üblen Faktor bildete, gefährlichen Emil Döblins Ende traurig. Seine zähe Natur hat aber lange gekämpft gegen den Allbezwinger Tod. Nun das schmerzvolle Ereignis eingetreten, beugen wir uns in tiefster Begehrtheit vor der Pflicht des Unabänderlichen. Waren auch alle erschrocken, die mit unserm Döblin, der kurz zuvor noch als Mitglied der General-Kommission an der internationalen gewerkschaftlichen Friedenskonferenz in Bern teilgenommen, zur Tagung des Tarifausschusses im Oktober berufen waren, weil starke Selbstsucht ihn heimgejuchet und auch körperlicher Zusammenfall sich zeigte, so kam doch nicht die Befürchtung auf, daß darin der Anfang von der nahen Auflösung zu erblicken sei. Nur einer war pessimistisch und gab unserm Döblin keine lange Frist mehr. Dieser eine war Wilhelm Dreier.

Mit warmem Empfinden, in Würdigung der großen Führereigenschaften wie in hoher Wertung der Tätigkeit und der Erfolge Döblins nahezu drei Jahrzehnte hindurch feiert der Verbandsvorstand den Heimgangenen. Wir, die mit dem Verstorbenen als dem nominellen Verleger des „Korrespondent“ ebenfalls in enger Zusammenarbeit lange Zeit verbunden waren, schließen uns aus ganzem Herzen dem an, was gesagt worden ist zur Ehre des Mannes, der am längsten an der Spitze der Organisation gestanden und im Nachfolgen auf dem Wege, die Richard Härtel vorausgegangen, Grobes und Dauerndes geschaffen hat. Döblin war der Mann des Kompromisses zwischen idealen Forderungen und realen Wirklichkeiten. Für die brennenden Zeitkämpfe auch bei uns war seine optimistische Frische ein gutes Stärkungsmittel, und der Erfolg ist seiner Tatkraft denn auch nicht vorzuehalten gewesen.

Die wirkende Kraft des Verbandes hat sich deshalb unter seiner Leitung in einem Maße vergrößert, daß wir uns nicht erdenmüder Trauer hingeben brauchen über das, was nun ist, und was die ahnungsschwere Zukunft nach dem zerstörenden langen Weltkriege bringen kann. Den Dank der Tat heißt es unserm großen Toten darbringen, indem sich in unserer Organisation der Geist Döblins allzeit lebendig erhält. Die Zehntausende von Kollegen brauchen, für deren spätere Lage er immer treu besorgt war, werden mit denen dabei die heilige Pflicht in sich aufnehmen, auch zu ihrem Teile die Voraussetzungen zu erfüllen, daß des Verbandes Weiterentwicklung nur gut und stetig sein darf. So wird Emil Döblins Bild bei seinem Werke bleiben, so muß er fortlebend sich bei uns erhalten!

Die Urabstimmung im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband.

Nach dem vorliegenden Ergebnis der im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband stattgefundenen Urabstimmung haben 12073 Mitglieder für den Vorschlag I, also für die Erhöhung der Beiträge um weitere 10 Pf. am 1. April 1918 gestimmt. Für den Vorschlag II, der die Herabsetzung der Krankenunterstützungsvorschlag, stimmten nur 1716 Mitglieder.

Im Verband der Gut- und Hilfswarenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands findet vom 8. bis 11. März 1918 eine Urabstimmung über eine vom Verbandsvorstand und Ausschuss beantragte Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. pro Woche statt. Die Notwendigkeit der Beitragssteigerung wird vom Verbandsvorstand ausführlich begründet mit dem Hinweis auf die ungünstige Finanzlage, in der sich die Organisation befindet.

Ueber die endgültige Festsetzung der Beiträge und über eine Erhöhung der Unterstützungen soll eine sofort nach Friedensschluss oder, wenn der Krieg weiter dauert, eine im Jahre 1919 einzuberufende Generalversammlung entscheiden.

Der Deutsche Chorsänger-Verband, Eichmannheim, welcher der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossen ist, hat der Ersten und Zweiten Kammer des Reichstages eine Petition unterbreitet, in der um eine Neuregelung der Einkommens-, Anstellungs-, Pensionierungs- und Ausbildungsbedingungen für das Chor- und Ballettpersonal des königlichen Opernhäuses Dresden ersucht wird. Wie aus dem Inhalt der Petition hervorgeht, sind die Bezüge genannter Angestellten außerordentlich niedrig, so daß es denselben in Anbetracht der gegenwärtigen Lebensverhältnisse unmöglich ist, auszukommen. Des weiteren wird bemerkt, daß die Dresdener Hofoper eine so große Anzahl von Chor- und Ballettschülern züchtet, daß damit der Abgang bei den deutschen Opernhäusern im allgemeinen gedeckt werden könnte.

Durch eine solche Ausbildungsanstalt werde ein den Arbeitsmarkt überflutendes Proletariat geädert, das eine dauernde Schädigung und Unsicherheit der Existenz für die künstlerisch ausgebildeten Chor- und Ballettmisglieder heraufbeschwöre.

Ein tüchtiger Sachverständiger.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 10 des „Vorwärts“ einen Bericht aus der Schlichtungskommission für Militärmaschinenarbeiten. Der in diesem Bericht erwähnte Zeuge als Vertreter der Arbeitgeber, auf dessen eigenartige Zeugenaussagen die Ueberschrift des Berichtes hinweist, sendet uns nunmehr eine sogenannte Berichtigung, der wir folgende tatsächliche Angaben entnehmen:

Ich habe als Zeuge vor der Schlichtungskommission nicht bezeugt, daß vor der Schlichtungskommission des Sattlergewerbes am 18. August 1917 der Preis für die Patronenhüllen in der Form, wie sie von der Artilleriewerkstatt Spandau zugelassen sind, von 25 auf 15 Pf. deshalb reduziert wurde, weil zur Anfertigung der Patronenhüllen aus Papierstoffen schwerere größere Maschinen angeschafft werden mußten, sondern ich habe sowohl in der Schlichtungskommission am 18. Juli 1917 als auch jetzt im Januar auseinandergesetzt, daß bei der neuen Arbeitsmethode eine wesentliche Erleichterung der Arbeit besteht, wodurch auch ein geringerer Lohn berechtigt ist, und zwar aus folgenden Gründen:

Während die Patronenhüllen zu 25 Pf. an der oberen Kante durchweg zweimal umgelegt, von links gesteppt und erst durchgezogen werden müssen, brauchen sie jetzt nur von der rechten Seite genäht, nach innen eingeschlagen, die glatte Kante heruntergesteppt und oben gerade in dem Vogen nur einmal umgelegt werden. Weil jetzt die Patronenhüllen vierfach an der Seite aufeinander gesteppt werden müssen, ist es bei dem flatternden Arbeiten wegen erforderlich gewesen, größere Stoppmaschinen anzuschaffen. Bei der neuen Ausführung der Patronenhüllen hat der Arbeitnehmer also weniger Arbeit, der Arbeitgeber bedeutend höhere Kosten.

Zu dieser Ansicht hat sich die Schlichtungskommission vom 18. Juli 1917 bekannt, leider aber hat die Schlichtungskommission für Militärmaschinenarbeiten für diese Gründe keine Einsicht gehabt, wahrscheinlich deshalb, weil keiner der Beisitzer der Arbeitgeber in der Fabrikation der Patronenhüllen Erfahrung gehabt hat.

Hochachtungsvoll

(gez.) Josef Roth.

Zu dieser Berichtigung wird uns von unserem Gewährsmann mitgeteilt, daß vor der Schlichtungskommission neben dem Sachverständigen zwei Vertreter der Arbeitgeber als Zeugen vernommen wurden. Wie sich die Zeugen und Sachverständigen widersprochen, erhellt daraus, daß der eine Zeuge erklärte, der Arbeitgeber müsse für die Herstellung der Geschöshüllen aus Papier schwere Sattlermaschinen bereitstellen, während der andere erklärte, diese Geschöshüllen könnten auf ganz kleinen Maschinen hergestellt werden. Nur darüber waren sich die beiden Zeugen einig, daß der Betrag von 7 Pf., den sie zu wenig zahlten, dem Arbeitgeber zugute kommen müsse. Der eine begründete es damit, daß die Arbeit auf stärkeren Maschinen hergestellt werde, während der andere Zeuge die Leichtfertigkeit der Arbeit ins Feld führte. Der Sachverständige unternahm es sogar, der Schlichtungskommission begreiflich zu machen, daß eine Papier-Geschöshülle ebenfalls durchgezogen werden könnte. Dieses Begreifen führte dazu, daß Zeugen und Sachverständige den Eindruck machten, als seien sie mit der Absicht hingekommen, sich lächerlich zu machen.

Vor der Sattler-Schlichtungskommission ist der Arbeitslohn von 18 Pf. für die Geschöshülle als angemessen bezeichnet worden, wenn die Arbeiterin die Kanten nicht umlegt und die Nähte nicht gegenseitig einzuklagen braucht. Die ganze Geschöshülle ist auch nach Ansicht der Sattler-Schlichtungskommission mit 25 Pf. richtig bezahlt. Auf Veranlassung der Sattler-Schlichtungskommission hat in Gemeinschaft mit den Arbeitgebervertretern dieser Kommission vor kurzer Zeit in Spandau eine Verhandlung stattgefunden, bei der die Arbeitgebervertreter der Artillerie-Werkstätte gegenüber für Papierstoffe eine Extrabehaltung von 5 Proz. für begründet erklärten. Von einer schlechteren Arbeit bei den Papierhüllen kann gar keine Rede sein. Es scheint aber, daß die Arbeitgebervertreter trotz ihrem Vereinfachen bei der Schlichtungskommission heute noch verständigen Leuten beargwöhnen wollen, daß die Arbeitgeber berechtigt sind, 7 Pf. Arbeitslohn, der den Arbeiterinnen zuwachst ist, in ihre Tasche zu stecken. Nachleute, die dies beargwöhnen, sitzen nicht in der Schlichtungskommission für Militärmaschinenarbeiten und wie das weiterhin dargelegt ist, hat auch die Sattler-Schlichtungskommission hierfür kein Urtheil.

Es ist daher an der Zeit, daß die Herren Sachverständigen und Zeugen zu der nötigen Einsicht kommen.

Parteinachrichten.

Für Frieden und Freiheit.

Die Sozialdemokratische Partei in Frankfurt a. M. hielt am Mittwoch, den 9. Januar, im Zoologischen Garten eine Gegenderversammlung zu der verunglückten Versammlung der Vaterlandspartei ab. Das Thema war das gleiche wie in der Vaterlandspartei, doch war im Gegensatz zu dieser freie Aussprache für jedermann garantiert. Die mutigen Männer der Vaterlandspartei machten davon allerdings keinen Gebrauch und blieben der Versammlung fern. Um so stärker war der Ansturm der Frankfurter Arbeiterkraft; lange vor Öffnung der Tore zum Versammlungsort waren diese von dichten Menschenmassen besetzt, und als sich die Türen öffneten waren Saal und Galerie in wenigen Minuten besetzt. Auf 8 Uhr war die Versammlung anberaumt, um 7 1/4 Uhr wurde das Lokal polizeilich abgesperrt. Der Frankfurter Reichstagsabgeordnete Dr. Ouard behandelte das Thema: „Was tut dem Vaterlande not?“

Er rechnete gründlich mit den „Vaterländern“ ab. Frieden und Freiheit brauche das Volk, das wäre das Notwendigste, sagte der Redner, womit er hitzige Zustimmung fand.

In der Aussprache wurden recht scharfe Worte gegen die Regierung laut. In einer gegen zwei Stimmen gefassten Entschließung erklärte die Versammlung, daß sie von der Rede des Reichsanwalts nicht befriedigt ist. Sie vermisst die notwendige Klarheit in der Kennzeichnung der deutschen Kriegsziele. Verlangt wurde die schnelle Einberufung des Reichstags.

Zu einer wichtigen Kundgebung gestalteten sich drei am letzten Sonntagabend in Hannover-Linden abgehaltene Versammlungen, in denen die Reichstagsabgeordneten Breh und Guff. Fischer sowie Arbeitersekretär Schrader über „Frieden, Freiheit und gleiches Recht“ sprachen. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlungen waren die Lokale überfüllt, und immer noch kamen große Scharen, die hinein wollten. Viele Hunderte kamen nicht in die Lokale hinein. Als der Saal des Gewerkschaftshauses gefüllt war, sammelten sich Hunderte von Versammlungsteilnehmern auf den Innenhof, um von dort aus dem Redner, der bei geöffneten Fenstern sprach, zuzuhören. In allen Versammlungen kam die ungeteilte Zustimmung zu den Ausführungen der Redner zum Ausdruck. In einer angenommenen Entschließung wendeten sich die Versammelten gegen Versuche, die Verhandlungen in West-Litauen zu führen und wird mit Nachdruck ein Verständigungs-frieden gefordert. Ebenso wendeten sich die Versammelten gegen die Wahlrechtsveränderung und fordern energisch die schnellste Gewährung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. — Mit Rednern muß es verzeichnet werden, daß die hannoversche Stadtverwaltung die Hergabe der großen Stadthalle zu solchen Kundgebunden verweigert, weil der hannoversche Stadtdirektor Tramm einer der Hauptstreiter in der Vaterlandspartei und grimmiger Gegner eines demokratischen Wahlrechts ist.

In Rathenow fand am Sonntag eine von über 600 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher der Abg. Müller über „Frieden und Freiheit“ sprach. In der Diskussion sprach ein Redner im Sinne der Unabhängigen. Eine dem Referat entsprechende, vom Bureau vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

In einer von ungefähr 1000 Personen besuchten Volksversammlung in Saalfeld a. S. sprach Reichstagsabg. Arthur Hofmann über die Praktiken der Vaterlandspartei und den Friedenswillen des Volkes. Seine für einen Verständigungsfrieden gemachten Ausführungen fanden stürmischen Beifall.

Vorwärts in Rön! Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, hat in der Streikwoche 7500 neue Bezahler gewonnen. Allein die Postausgabe, die sich auf die ländlichen Orte erstreckt, hat um 500 zugenommen. Der Strahnenverkauf, der seit langem „rationiert“ ist, konnte nur einen kleinen Teil der Nachfrage bewältigen. Den Verkäufern wurden fast 10 Pf. 50 Pf. für die Nummer geboten. Leider wird der Zustrom von unserem Parteigeld mit geteilten Gefühlen begrüßt, weil jeder Abonnentenzuwachs den Papiermangel verschärft. Auch die Parteiorganisation nimmt zu, und es fließen ihr freiwillige Spenden zu. Die Versammlungen, zumal in den Landorten, sind glänzend besucht. Der Versuch der Zentrumspresse, den Streik zu einer Sozialistenhege auszunutzen, ist mißlungen.

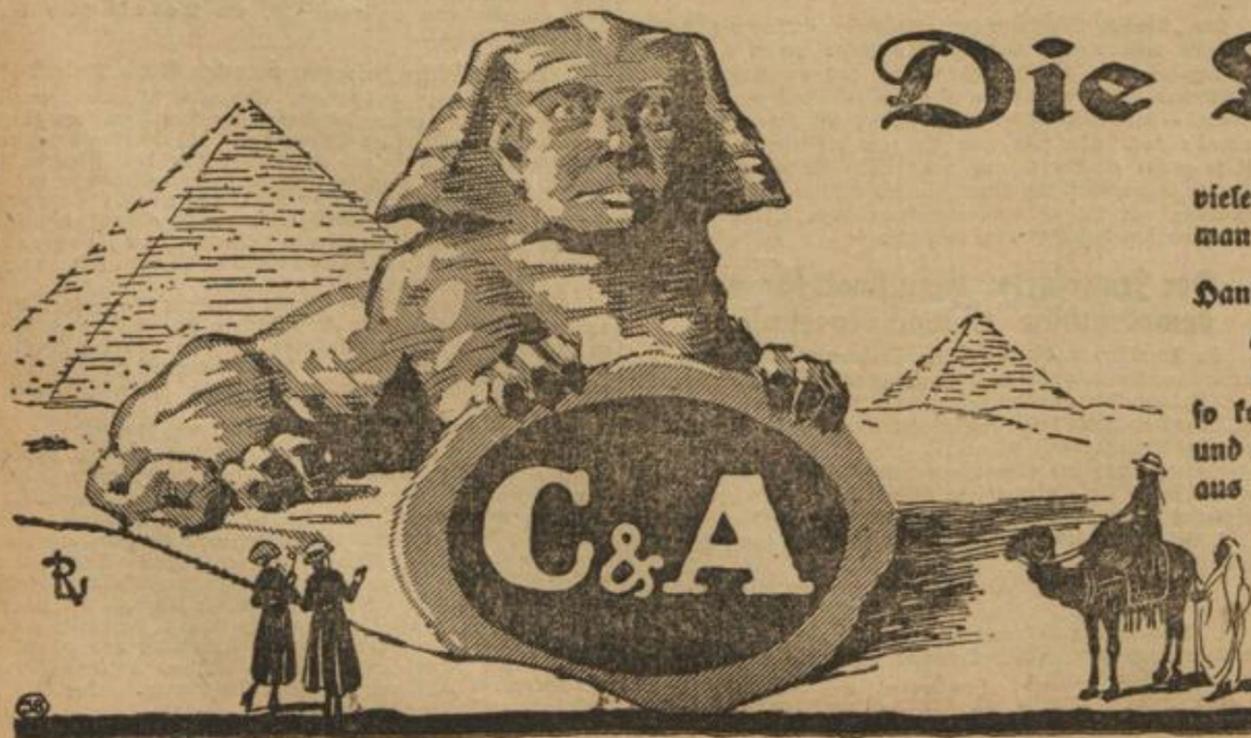
Fortschritte der Arbeiterbewegung in Dänemark.

Das Jahr 1917 hat der dänischen Sozialdemokratie Erfolge auf den verschiedensten Gebieten gebracht. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 65 000 auf rund 80 000. Die Gemeindevahlen ergaben einen großen Sieg. Im ganzen wurden 1479 sozialdemokratische Gemeindevorteiler gewählt. 14 Städte und 84 kleinere Gemeinden haben sozialdemokratische Regierungen, darunter Kopenhagen, wo zwei neue Stadtratsposten von den Sozialdemokraten besetzt wurden, der für Armenwesen und der neu errichtete für kommunal-sozialistische Arbeit. Der Stadtrat für das Armenwesen, Genosse Viggo Christensen, hat eine vollständige Reform seines Ressorts in Angriff genommen. Für die Greise wird eine ganze kleine Stadt errichtet. Das Volkshauswesen wird ausgebaut. Heute bekommen täglich 12 bis 13 000 Menschen für 45 Ore täglich eine Mahlzeit mit zwei Gerichten. Nun arbeitet man daran, eine doppelt so große Anzahl ernähren zu können. Im Reichstag hat die Partei ein Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung durchgesetzt, worin eine Subvention von 12 1/2 Millionen Kronen bewilligt wird. Die Verwaltung des Unterhaltungsweins wurde in die Hände der Arbeiter gelegt. Wichtig war auch die neue Steuererhebung, die eine außerordentliche Verdrückung der Steuerlasten zur Folge hat. Rummelt fallen 76 Proz. der ganzen Steuerumme auf die direkten und nur 24 auf die indirekten Steuern. Vor zehn Jahren war das Verhältnis umgekehrt, und auf die direkten Steuern entfielen nur 23 Proz. Zu erwähnen ist auch die Entwidlung der Genossenschaften. 1916 war eine Zentralorganisation der Kopenhagener Konsumvereine errichtet, die jetzt 16 000 Familien umfaßt und 1917 einen Umsatz von 7 1/2 Millionen Kronen hatte.

In der nächsten Zeit beginnt die Kampagne für die ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes. Die sozialdemokratische Partei tritt in sie mit großen Hoffnungen ein, trotz der nicht zu unterlassenden Propaganda, die die Syndikalisten aus Anlaß der furchtbaren Arbeitslosigkeit betreiben.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Rostock; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Preis 1 Mark und Unterhaltungsbeitrag.



Die Lösung

vieler Fragen liegt in den meisten Fällen näher als man zuerst annimmt.

Dankt es sich um solche mit Bezug auf

Damenkleidung

so kommen Sie getroffen zu uns. Alle Ihre Fragen und Bedenken werden hier in einer für Sie durch aus zufriedenstellenden Weise ihre Lösung finden.

Rönigstr. 33
Im Hof des Hauptbahnhofs

Chausseestr. 113
Börsen-Café

Samstags geschlossen!

Quittung.

Zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen in der Zeit vom 16. bis 31. Januar nachstehende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

- Ram. d. d. durch G. D. 15.-; 5 Matrosen durch G. 10.-; Landsturmmann D. R. 12.-; Gefreiter L. und Pionier S. 10.-; G. und G. Berlin N 20.-; B. R. Berlin 5.-; Handl. u. Korr. d. 'Vorm.' 20.-; Unteroff. W. u. Inf. Sch. 4.-; Genoffin R. Brunsbüttelkoog 5.-; Gefreiter R. 10.-; Unteroffizier A. St. 30.-; Landsturmmann A. G. 2.-; A. A. Berl. Lanta 2.-; Gef. von Kam. ein. Bayer. J. R. durch B. 11.-; M. L. Tondern durch F. 21.-; Krankenträger G. B. 6.-; B. Berlin 5.-; Musketier W. E. 3.50; F. Berlin 1.-; Wieselndwibel B. 1.-; E. R. Singen 3.-; Gefreiter B. D. u. 12 Kam. 13.-; Kraft. R. Brüssel 5.-; E. V. Dierode (Distr.) 8.-; D. R. Schöneberg 2.05; Handwerker einer Kubry. Kol. 11.-; P. Sch. Keulöän 8.-; F. R. Berlin 3.05; Mehr. Art. Maate 7.-; Kam. d. Stades ein. reit. Abt. 8.-; B. S. Brin. Vankow 5.-; Matrose E. Str. 2.50; E. V. Brin. Vankow 2.05; 3 Unteroffiziere 5.-; A. Durlach 25.-; Feldgrauer B. A. 3.-; St. Berlin 10.-; Gefreiter R. 2.-; Kanonier D. M. 10.-; von ein. abst. rot. Krankenträger 3. Pl. Rumänien 5.-; Feldgrauer Sch. 2.-; Eisenbahner F. Sch. 8.-; Pionier R. -50; Landsturmmann W. 1.00; C. Sch. Herzfelde 5.-; A. Berlin N. 5.-; B. R. Rautenberg (Ostpreußen) 5.-; A. V. Brin. Kortschort 2.-; E. A. Berlin 50.-; 'Vorm.' Redakt. 63.-; A. V. Brin. Friedenau 5.-; M. G. u. F. L. Berlin 10.-; R. Keulöän 3.-; Kanonier B. E. 3.-; Sattler der Fa. J. Gairemand-Berlin durch G. H. 23.50; Frau L. Berlin 5.-; B. G. Exptow 3.-; Leutn. d. R. G. 3.-; Landsturmmann M. 3.-; 4 Pioniere d. Westens 11.-; G. W. Westert 5.-; Fabrer R. 3.-; 3 Meger Sold. durch Sch. 5.-; Musikant. ein. Landst. Inf. Bat. 13.-; Unteroff. D. 5.-; Gef. in ein. Lazarett i. Osten durch Sch. u. L. 23.30; Unteroff. J. 10.-; D. R. Berlin 10.-; F. G. J. J. im Felde 10.-; 5 Kam. in ein. St. -Pferde-Dep. 44.80; Wehrmann B. R. 5.-; Freunde aus Jarrentin i. R. 16.-; Arantentörer E. G. 10.-; Wehrmann G. L.-; Kanonier D. R. 2.85; von Kranken ein. Lazarett durch R. 16.-; 10 Kam. ein. Flieger-Abtlg. i. Westen 10.-; Landsturmmann R. M. 2.-; Kam. aus ein. bap. Feld. durch B. 4.-; Matr.-Art. G. 3.-; G. ein. Scheinwerfertrupp durch R. 19.-; Wez. Gr. Thüringen, i. eto. Pflanzsammlung 120.-; Wez. Weidenb. Pflanz. i. eto. Pflanzsammlung 230.50; E. M. Potsdam 3.-; W. L. Wreslau 3.-; W. L. Rauen 10.-; Sch. Berlin -50; Landsturmmann Sch. -40; 4 Sold. durch D. V. Schwerin i. R. 4.05; Unteroff. A. L. 1.50; J. Berlin -50; Personal d. Sackbr. G. S. Hermann-Berlin durch R. 132.05; Arm.-Soldat R. G. 10.-; v. 88 Kam. ein. Pionier. ein. Landst. Inf. Reg. i. Westen durch G. H. 52.-; Kam. d. M. G. R. ein. Matr.-Reg. 16.50; Fel. G. Ostwestfalen 5.-; Vorwärts-leier, Passatstraße, 20.-; 2 Gefr. d. M. G. R. ein. Inf. Reg. 4.-; Frau R. Berlin 5.-; v. ein. Pionierport durch Sch. 98.-; Kam. ein. Parlkomp. 3.-; Gef. v. 4 Landsturmlenten i. Osten 4.-; Landsturmm. G. R. 1.-; L. Schöneberg 5.-; Dragoner W. J. 4.-; v. Angst. in Stuttgart 2. Verämgung der Geaner ein. Verständigungsfriedens 30.-; E. V. Ludwigsb. h. A. 5.-; F. J. und Frau, Remscheid, 20.-; Mei. Inf.-Reg. 11.24 durch Sch. 84.90. Berlin, den 1. Februar 1918.

Der Parteivorstand.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW 68, Lindenstr. 3; auch kann auf Postkonto Nr. 7918 Fr. Vortels, F. Ebert, D. Braun beim Postfachamt Berlin eingezahlt werden.

Groß-Berlin

Verstärkter Belagerungszustand auf der Hochbahn.

Von den bescheidenen Dingen, die wir im Interesse des Publikums vor einiger Zeit an die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn richteten, ist nicht eine einzige erfüllt worden. Im Gegenteil, die Zustände verschlimmern sich dort von Tag zu Tag, die Direktion rührt keinen Finger und eine Aufsichtsbehörde scheint es nicht zu geben. Die neueste Verämgung des Publikums betrifft darin, daß die Richtungsanzeiger auf den Bahnhöfen fast regelmäßig falsch gestellt werden, so daß kein Mensch ahnt, wohin ihn der Zug tragen wird, den er bestiegen hat. Ein Fehler, der genügt ist, täglich mehrere Male die Strecke Wilhelmplatz - Gleisdreieck zurückzulegen, schreibt uns darüber: 'Wenn die beiden Richtungsanzeiger auf dem Bahnhof Gleisdreieck 'Fehrbesliner Platz' verlinken, so kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß der betreffende Zug nach Wilhelmplatz fährt und umgekehrt. Sehr häufig geschieht es auch, daß zu gleicher Zeit auf dem einen Anzeiger 'Wilhelmplatz', auf dem anderen 'Fehrbesliner Platz' zu lesen ist. Ersucht man die beiden Beamten um Auskunft, so erhält man bei jedem den prompten Bescheid, kein Anzeiger gebe die richtige Strecke an. Während der Fahrt kann man dann nicht selten beobachten, daß auf den einzelnen Stationen abwechselnd 'Fehrbesliner Platz', 'Wilhelmplatz' und dazwischen hin und wieder 'Reichsanzerplatz' angezeigt ist. Denn auch zwischen 'Wilhelmplatz' und 'Reichsanzerplatz' variiert man nach Laune und Belieben, und wiederholt hin und wieder die Platte 'Wilhelmplatz' auf dem Soppie-Charlottenplatz gelandet. Einem neuen und besonders raffinierten Trick aber fiel ich an einem Nachmittage der vorigen Woche zum Opfer. Ich war in den Zug Richtung 'Reichsanzerplatz' gestiegen mit der Absicht, auf dem Bahnhof 'Bismarckstraße' anzusteigen. Als wir auf dem 'Wittenbergplatz' hielten, lief eine Angestellte den Zug entlang und verkündete mit lauter Stimme: 'Dieser Zug fährt nach Wilhelmplatz!' und zu gleicher Zeit sah ich, wie der Richtungsanzeiger auf 'Wilhelmplatz' umgestellt wurde. Als ich dann auf der vierten Station den Zug verließ, befand ich mich auf dem - Soppie-Charlottenplatz! Der Zug war also doch nach Reichsanzerplatz gefahren. Gibt es kein Mittel, diesem skandalösen Betriebe ein Ende zu bereiten?' Mittel gibt es natürlich, aber nach unseren bisherigen Erfahrungen besteht keine Aussicht, daß sie zur Anwendung kommen werden. Denn Rücksichten auf das Publikum spielen bei der Hoch- und Untergrundbahn eine ebenso minimale Rolle wie bei der Großen Berliner Straßenbahn. Hauptache ist, daß man die Fahrpreise erhöht und die enormen Einnahmen noch weiter steigert. - Und dafür ist ja, Gottlob, bereits gesorgt.

Gegen die Tarifserhöhungen unserer Verkehrsmittel.

Der Verband der Beamten und Lehret für Groß-Berlin hat in einer begründeten Eingabe an die maßgebenden Stellen gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen der Großen Berliner Straßenbahn wie auch der Hoch- und Untergrundbahn Einspruch erhoben. Wenn die Verkehrsbehörden für ihr Vorgehen ständig die infolge des Krieges eingetretenen Bedrängnisse anführen, so muß aber andererseits auch auf die fortgesetzte steigenden Mehr-Einnahmen mit allem Nachdruck hingewiesen werden, die vornehmlich in der überstarken Beladung der einzelnen Wagenklassen zu erblicken sind. In einer Zeit, wo die städtische Bevölkerung unter der wirtschaftlichen Not überaus bitter zu leiden hat, sollte überhaupt von jeglicher Tarifserhöhung unserer wichtigsten Verkehrsmittel abgesehen werden; das sollten sich die Verkehrsbehörden, die doch auch die öffentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen haben, gesagt sein lassen.

Schärfere Bekämpfung des Schleichhandels.

Wie die 'Vossische Zig.' erfährt, ist eine Bundesratsverordnung zur Schärfere Bekämpfung des gewerbmäßigen Schleichhandels ausgearbeitet worden, die bereits die Genehmigung aller Stellen des Kriegsernährungsamts gefunden hat, und die nunmehr dem Reichs-Justizamt und dem preussischen Justizministerium zur Begutachtung vorliegt. Die Bundesratsverordnung, die der Reichsanzler erlassen wird, steht in erster Linie für den gewerbmäßigen Schleichwucher strenge Strafen, und zwar Gefängnis oder im Wiederholungsfalle Zuchthaus vor.

„Erleichterte“ Fleischschau.

Eine hiesige Vorkorrespondenz verbreitet folgende Nachricht, an deren Richtigkeit wir vorläufig noch zweifeln möchten: Die Minister des Innern und für Landwirtschaft haben eine gemeinsame Verfügung über die erleichterte Durchführung der Fleischschau erlassen. Nach § 2 des Fleischschaugesetzes darf bei Schlachtieren, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, sofern Merkmale einer die Genußtauglichkeit des Fleisches ausschließenden Erkrankung fehlen, die Schlachtvieh- und Fleischschau unterbleiben. Eine gewerbmäßige Verwendung von Fleisch, bei dem die Untersuchung unterbleibt, ist dagegen verboten. Es waren nun Zweifel darüber entstanden, ob nach diesen Vorschriften auch solche Hauschlachtungen dem Beschauszwecke unterliegen, bei denen bestimmte Fleischmengen auf Grund der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs an den Kommunalverband abgeliefert werden müssen. Im Einvernehmen mit dem Reichsanzler haben die zuständigen Minister bestimmt, daß die Abgabe von Fleisch an den Kommunalverband für die Abgabepflichtigen keinen Zwang begründet, die Schlachtvieh- und Fleischschau zu unterwerfen. - Dagegen erachten es die Minister für geboten, den Trichinenschauzwang bei Schweinen soweit irgend möglich auf Hauschlachtungen der erwähnten Art auszudehnen.

Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so würde sie geeignet sein, in den weitesten Kreisen der Bevölkerung die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse ohnehin geschwächten Körperkonstitution namentlich der arbeitenden Klassen erschein es kaum glaublich, daß man diese zu allem anderen auch noch der Gefahr einer Erkrankung durch den Genuß gesundheitschädigenden Fleisches aussetzen will. Geradezu ungeheuerlich aber wäre es, wenn der Trichinenschauzwang bei Schweinen nur „soweit irgend möglich“ durchgeführt werden sollte. Es würden dadurch Zustände herbeigeführt werden, gegen die wir im Interesse der Volksgeundheit den allerschärfsten Protest erheben müßten.

Verteilung von Nahrungsmitteln in Groß-Berlin.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat beschlossen, auf die Abschnitte 5 und 6 der gemeinsamen Lebensmittelkarte je 1/2 Pfund Brotweizenmehl (entweder Rahmelade oder Anstichmehl) und auf Abschnitt 7 1 Pfund Rahmelade zu verteilen. Ferner werden auf Abschnitt 8 der gemeinsamen Karte für Jugendliche 1 Pfund Hartweizenmehl oder 1/2 Pfund Rahmelade oder 1/2 Pfund Anstichmehl zur Ausgabe gelangen. Der Aufruf wird durch die einzelnen Gemeinden erfolgen.

Die Sächsische Berliner Vorortbahn teilt mit, daß wegen Bauarbeiten an der Monumentenbrücke die Linie V, Keulöän, Ringbahnhof - Lichterfelde, Händelplatz, von heute ab bis auf weiteres zwischen Kreuzbergstraße und Ringbahnhof Schöneberg durch die Raybach-, Dreibund- und Kolonnenstraße in beiden Richtungen umgelenkt wird.

Eine Verkehrshinderung auf zahlreichen Linien der Straßenbahnen des Südwestens entstand am Montag vormittag durch einen Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge an der Kreuzung der Koch- und Markgrafstraße. Ein vom Gürtler Bahnhof kommender Wagen der Linie 93 fuhr mit voller Kraft auf einen Zug der sächsischen Straßenbahnlinie E. Dieser Zug wurde mit dem Anhängerwagen aus dem Gleise geworfen, wobei auch der Wagen der Linie 93 entgleiste. Alle Wagen verpörrten nun die Gleise in beiden Straßen. Mehrere Personen wurden durch Glassplitter verletzt. Der Verkehr mußte umgelenkt werden.

Zum Raubmord an dem Schuhmachermeister Reichardt teilt das Polizeipräsidium mit: Es ist von Wichtigkeit, daß sich sofort alle diejenigen melden, die über eine mit der Tat in Verbindung stehende Beobachtung auslagen oder sonst faddienliche Mitteilungen über den Verbleib, die Gewohnheiten usw. des Toten machen können. Vielleicht führt die Wahrnehmung einer Verletzung oder von blutigen Flecken auf die Spur der Täter. Möglicherweise haben sie auf der Flucht eine Fahrgelgenheit benutzt oder sind in irgendein Lokal eingelebt, wo sie aufgefallen sind. Nicht ausgeschlossen ist, daß der von dem Täter getragene Karton von einem vorher gemachten Einkauf, vielleicht aus einem Konfektionsgeschäft, herührt. Es ist auch daran zu denken, daß die Täter sich vielleicht durch spätes Nachhausekommen oder durch plötzliche Aufgabe der Wohnung oder unerwartete Abreise verdächtig gemacht haben.

Im Schneesturm verirrt und erfroren ist eine Berliner Arbeiterfrau, deren spurloses Verschwinden die Polizeibehörde seit Mitte vorigen Monats beklagt. In diesen Tagen waren Leute des märkischen Gutes Behlow in der Nähe der Bahnstation Wustke auf dem Felde mit Düngearbeiten beschäftigt, und auch der Inspektor mit seinem Hund war zugegen. Plötzlich schlug der Hund ein lautes Gebell an, und dem Geräusch nachgehend, fand man eine etwa 50jährige Frau in dem Graben sitzend, nur mit dem Kopf aus dem Schnee hervorragend, tot auf. Ein Kuchal mit Kartoffeln lag neben ihr. Durch eine Legitimation, welche man in den Kleidern der Leiche fand, stellte es sich heraus, daß die Tote die Arbeiterfrau Schröder aus der Klostoder Straße 23 in Berlin war, die von einer am 11. Januar unternommenen Fahrt nach der Di-Pleignitz nicht zurückgeleht war. An jenem Tage war Frau Sch. mit anderen Frauen nach Bahnstation Wustke gefahren, um Kartoffeln einzukaufen. Die Sch. hatte sich von den übrigen Frauen getrennt und war nach dem Nittergut Behlow gegangen, wo sie einen halben Zentner Kartoffeln kaufte. In der Dunkelheit begab sie sich wieder nach der oben erwähnten Bahnstation, um mit dem letzten Abendzuge nach Berlin zurückzulehren. In dem gerade zu jener Zeit herrschenden Schneestreiben und der großen Dunkelheit ist die Sch. vom Wege abgeirrt und quer in die Heide geraten. Ermüdet und erfroren legte sie sich in einen Graben und ist eingeschlafen. Der immer mehr herüberziehende Schnee hätte den Körper der Unglücklichen bald ein und isoliert ihr so eine Leichendecke. Da Frau Sch., die Mutter von fünf Kindern ist und deren Mann im Felde steht, nicht nach Berlin zurückkehrte, wurden polizeiliche Nachforschungen angestellt, die ohne Erfolg blieben, bis jetzt die Leiche gefunden wurde.

Die Leichente des „Hauptmanns von Gpenid“. Wilhelm Voigt, der „Hauptmann von Gpenid“, der als Soldat im

Luzemburgischen lebt, macht jetzt wieder von sich reden. Und zwar durch eine Klage, die er beim Landgericht Berlin I wegen der ihm von Frau Gertrud Bertheim ausgehenden Rente eingereicht hat. Diese Rente ist ihm Frau „Trutz“ seit dem Konkurse ihres Mannes Wolf Bertheim schuldig geblieben. Die Folge davon ist eine öffentliche Zustellung des Gerichts, in der es heißt: Der Privatier Wilhelm Voigt in Luxemburg klagt gegen die Frau Gertrud Bertheim, geb. Tieger, unbekanntem Aufenthalts, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin, Corneliustr. 4a, unter der Behauptung, daß die Beklagte sich durch notarielle Urkunde verpflichtet habe, an den Kläger eine monatliche, am 1. eines jeden Kalendermonats fällige Rente von 100 M. bis zu seinem Tode zu zahlen, mit dem Antrage, die Beklagte kostenpflichtig zu verurteilen, an den Kläger 4200 M. nebst 4 Proz. Zinsen zu zahlen und das Urteil eventl. gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Termin zur Verhandlung ist auf den 15. Mai 1918 vormittags 10 Uhr beim Landgericht Berlin I anberaumt worden.

Charlottenburg, Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 7. bis Sonnabend, den 16. Februar, werden verabfolgt: 150 Gramm Hülsenfruchtmehl (Pfund 35 Pf.) auf Abschnitt 4 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 1/2 Pfund Inlandsmarmelade (Pfund 90 Pf.) auf Abschnitt 5 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Auf Abschnitt 84 der Eierkarte kann bis zum 16. Februar ein Ei zu 43 Pf. entnommen werden. Ueber 70 Jahre alte Personen erhalten einmalig drei Eier zum Preise von 48 Pf. für das Stück auf Grund von besonderen Berechtigungskarten. Diese Berechtigungskarten können bis 8. Februar von 10 bis 4 Uhr, am 9. Februar von 12 bis 4 Uhr von den zuständigen Protokollkommissionen unter Vorlage eines amtlichen Ausweises über das Alter des Bezugsberechtigten abgeholt werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die ausgegebenen Eier sogenannte Raffeler sind, die nicht in der Schale gelocht werden dürfen. Die Eier können sofort gegen Abgabe der Berechtigungskarte bis zum 10. d. Mts. in Empfang genommen werden.

Keulöän, Fischverteilung. Bis auf weiteres dürfen in den durch Plakate kenntlich gemachten Keulöäner Fisch- und Mäucherwarengeschäften, sowie in den beiden sächsischen Fischhallen Bergstraße 21 und Pannewitz 13 gegen Vorlegung der Keulöäner Warenbezugskarte entnommen werden: auf Abschnitt 89 1/2 Pfund Fischfleisch und auf Abschnitt 90 1/2 Pfund Mäucherwaren.

Lichterberg, Lebensmittel. In dieser Woche werden auf die Kartoffelkarte fünf Pfund Kartoffeln abgegeben, die restlichen zwei Pfund sind der eihernen Ration zu entnehmen. Auf Abschnitt 85 der Eierkarte kann ein Ei a 43 Pf. entnommen werden. Ferner werden verteilt: Ohne Abtrennung von Marken frisches Gemüse zu Tagespreisen, mit Ausnahme des auf Nr. 173 der Lebensmittelkarte abzugebenden Gemüses (Weiß-, Rot-, Stiefmühl- und Mohrrüben), eingemachte Gurken, Stück 15-20 Pf. Der Verkauf der Gurken erfolgt nicht allein in den sächsischen Fischhallen, sondern in allen Mäucherwaren- und Kolonialwarengeschäften. In den sächsischen Fischhallen und bei den diesigen Fischhändlern und Mäucherwarengeschäften werden abgegeben: auf Abschnitt 174 E frische Fluss- und Seefische und auf Abschnitt 164 E Mäucherwaren.

Reinickendorf, Nachahmensewert. Der Gemeindevorstand macht bekannt: Teilnehmer an den Massenverteilungen, welche Wände und Reichwerden vorzubringen haben, können nur dann auf Erfolg rechnen, wenn eine Vertrauensperson dieselben dem Nachenauswahls vorträgt.

Zur Wahl einer Vertrauensperson - Frau oder Mann -, die die nötige Sachkenntnis besitzt, wird eine Verammlung im Lokal ... zum ... Februar, abends 6 Uhr, anberaumt. Da die durch Mehrheitsbeschluß herbeigeführte Abstimmung nur kurze Zeit beanprucht, kann wohl jeder Massenverteilungs-Teilnehmer zugegen sein.

Es wäre dringend zu wünschen, daß andere Gemeinden dem Beispiel Reinickendorfs folgen würden und die Konsumenten selbst mitwirken lassen. Wir wollen hoffen, daß bei diesen Wahlen nur Leute gewählt werden, welche selbst die Massenverteilung in Anspruch nehmen. Denn bei der bisherigen Praxis, daß ehrenamtliche tätige Personen von Zeit zu Zeit Nachproben entnehmen, ist eine Besserung der Zustände im allgemeinen nicht eingetreten.

Lebensmittel. Auf Abschnitt 3 der Lebensmittelkarte für Groß-Berlin werden 100 Gramm Griech und für Jugendliche auf Abschnitt 1 der Karte je 100 Gramm Griech abgegeben. Die Anmeldung muß bis heute abend erfolgen. Der Verkauf der Ware findet von Montag ab statt.

Die von der Gemeinde gelieferten braunen Lebensmittelkarten sind sorgfältig aufzubewahren, da auch auf diese Karten von Zeit zu Zeit noch besondere Zuwendungen gemacht werden.

Von heute ab werden bei den zuständigen Protokollkommissionen für Kinder im Alter bis zu 2 Jahren Gutscheine zum Bezug von je 2 Paketen Zwieback, für Kinder im Alter von 2 bis 4 Jahren je ein Paket Zwieback und 1/2 Pfund Griech abgegeben. Für Kinder im Alter von 4 bis 8 Jahren werden Gutscheine für eine Dose Vollmilch ebenda abgegeben. Um die durch die Abschnitte von 60-Gramm-Abschnitten beim Weißrot entfallenden Verluste zu verhindern, braucht Weißrot in Mengen von weniger als 500 Gr. nicht mehr abgegeben werden. Abschnitt 9 der Eierkarte muß spätestens bis heute abend dem Kleinbändler zur Anmeldung vorgelegt werden. Die Abschnitte 82 der Zuckerkarte und 15 der Ruderzulasskarte sind bis Freitag beim Kleinbändler zur Anmeldung abzugeben. Durch Gründung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin sind Extrazusammenan an Nährmitteln für über 70 Jahre alte Personen nicht vorgehen und können daher die sonst üblichen Verteilungen, Griech usw. nicht vorgenommen werden. Es erübrigt sich deshalb die Auffassung der Protokollkommissionen.

Gerichtszeitung.

Lebensmittelkarten- und Bezugshandelsfälle.

Bei dem Charlottenburger Magistrat war eine Zeitsung die Buchhalterin Frau Sophie Krudi, die mit einem Sänger Ernst Krudi verheiratet gewesen war, im statistischen Amt angestellt. Ihre Tätigkeit bestand u. a. auch darin, Lebensmittelkarten, die von den Protokollkommissionen kaputtweise zurückkamen, zu sortieren und sie dann in ein anderes Bureau zu bringen. Sie hat es verstanden, sich bei dieser Gelegenheit eine große Reihe von Brot-, Milch-, Eierkarten, Fett-, Zucker-, Kohlenkarten usw. anzueignen. Sie hat einen Teil an Bekannte vertriebt, zahlreiche Karten aber verkauft und etwa 100 Stück Brotkarten an einen Sänger Woltz abgeben, der in einem Variolale als Sänger wirkte und recht gutes Geld verdiente. Der Mann bezahlte ihr 2 M. für das Stück und setzte die Karten seinerseits wieder an Göße des Lokals ab. Die Krudi hatte bald einen recht bestimmten Einfluß auf den an sich gutmütigen und nebenbei schwachen W., der ihr mehrmals größere Geldsummen ließ und sich aus den ihm zugewiesenen gestohlenen Lebensmittelkarten zu erwartenden Gewinn langsam schablos zu halten trachtete. - Eines Tages erhielt die Krudi im Statistischen Amt ausbiffweise eine andere Tätigkeit, nämlich das Ausfüllen von Bezugsgutscheinen, wenn die Kommissionen des Ausfüllens solcher Gutscheine vertiebert hatten. Bei dieser Gelegenheit hat sie sich etwa 30 Bezugsgutscheine angeeignet, die sie widerrechtlich mit dem Stempel des Magistrats Charlottenburg versch und an W. beförderte. Dieser füllte sie aus und verwendete sie; teil hat er sie nach Ausfüllung zur Anschaffung von Garderobe verwendet, teil an Freunde und Bekannte, das

„Heereschritte der Menschheit“.

Tag, Tag, dir rauchen wir,
Es du noch aufblühst über den Dächern,
Wenn du schon blutend extrankst im Rausche der Schote und Essen,
Dir, Arbeit der Hände, Arbeit der Sinne, Arbeit der Herzen,

Heereschritte der Menschheit.

Wie den Sturm eines Orkanes vernehme ich auch,
In ihrer Woge treibe ich dahin, stoßend und wieder gestoßen,
Ein rollender Stein in der Front, willenlos,
Dem Ende der Straße entgegen, das sich aufstaut vor mir:
Ein Tor zu neuen Strohen und Schluchten...

Krmin L. Seguer.

Beethoven, der Mensch.

Die bekannten Goethe-Erinnerungen Bettinas, der Schwester
Clemens Brentanos, des Dichters deutscher Romantik, haben die Vor-
stellung einzuwerfen lassen, daß die geniale Frau in diesen Er-
innerungen Dichtung und Wahrheit so ineinanderfließen, daß beide
in der Nachprüfung nur schwer sich sondern lassen. So überträgt
es einigermassen, Erinnerungen an Beethoven von ihr kennen zu
lernen, die das Gedächtnis aufmerksam und klar Beobachtung
tragen und in ihrer geistreichen Lebendigkeit einen klaren, lebens-
vollen Umriß des Meisters der Töne gewähren. Beethoven und
Bettina — wie ein merkwürdiges Paar, der trotzige Musik-
titane und die schönheitsdürstige, ans Große sich leidenschaftlich
anschmiegende, ewig erregte Frauenwelt! So lagen die beiden
im August 1810 in Beethovens Wohnung einander gegenüber und von
diesem Besuche hat Bettina einem jungen, ihr befreundeten
Studenten in einem Briefe berichtet, dessen Wiederentdeckung wir
dem Jenseiter Literaturforscher Albert Reihmann verdanken. In
einem leiseeren Beitrage im neuen Felt der bei der Deutschen
Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Revue“ stellt
er fest, daß der Empfänger des Briefes ein Student namens Alois
Pöbler aus Lonthofen im Böhmen war. Wie hat nun Bettina den
Meister gesehen?

Seine Wesen ist kein so groß sein Geist und Herz ist, braun,
von Blätterarben, was man nennt: gasig, hat aber eine himm-
liche Stimmung, die von der Harmonie so edel gewölbt ist, daß man
sie wie ein herrliches Kunstwerk anschauen möchte, schwarze Haare,
sehr lang, die er zurückschlägt, scheint kaum dreißig Jahre
alt, er weiß seine Jahre selbst nicht, glaubt aber doch fünfundsiebzig.
Ich hatte nun viel gehört, wie behutlos man ihm sein müsse, um
ihn nicht scheel zu machen; ich hatte aber sein edles Wesen auf eine
ganz andere Art berechnet und nicht geizt. In einer Viertelstunde
war er mit so gut geworden, daß er nicht von mir lassen konnte,
sondern immer neben mir herging, auch mit uns nach Hause ging
und zur größten Verwunderung seiner Bekannten den ganzen Tag
dablieb. Dieser Mensch hat einen sogenannten Stolz, daß er weder den
Kaiser noch den Herzogen, die ihm eine Person umsonst geben, zu
Gefallen spielt, und in ganz Wien ist es das Seltsame, ihn zu
hören.

Auf meine Bitte, daß er spielen möchte, antwortete er: „Nun,
warum soll ich denn spielen?“

„Weil ich mein Leben gern mit dem Herrschaften erfüllen will
und weil Ihr Spiel eine Epoche für dieses Leben sein wird,“
sagte ich.

Er versicherte mich, daß er dieses Lob zu verdienen suchen
wolle, setzte sich neben das Klavier auf die Erde eines Stuhles
und spielte leise mit einer Hand, als wollte er suchen, den Wider-
ständen zu überwinden, sich hören zu lassen. Möglich hatte er alle
Umgebung vergessen, und seine Seele war ausgedehnt in einem
Weltmeere von Harmonie.

Ich habe diesen Mann unendlich lieb gewonnen. In allem, was
seine Kunst anbelangt, ist er so herrlich und wahrhaft, daß kein
Künstler sich ihm zu nähern getraut, in seinem übrigen Leben
aber so naiv, daß man aus ihm machen kann, was man will. Er
ist durch seine Perseveranz darüber ordentlich zum Ge-
spött geworden; man benutzt dies auch so, daß er selten so
viel Geld hat, um nur das Notdürftige anzuschaffen. Freunde
und Brüder gehen ihn auf; seine Kleider sind zerrissen, sein An-
sehen ganz zerlumpt (das soll Kaufmann sich merken), und
doch ist seine Erscheinung bedeutend und herrlich. Dazu kommt noch,
daß er sehr hartnäckig ist und beinahe gar nichts sieht. Wenn er aber

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Siebig.

„Zwo!“ Minka lachte. „Soll'n se sich ihre Semden
allein waschen und ihre Fenster selber putzen, man is doch
nich bloß 'n Arbeitstier. Mein Mann is im Feld, der tut
genug, ich wer' mich doch nich auch noch zuschanden machen.
Abwaschen um so 'n paar Groschen.“ Als sie das bestürzte
Gesicht Gertruds sah, lenkte sie freilich ein: „Na, Sie
müssen das nich so nehmen, Fräuleinchen. Ich geh ja
schon!“

Reiß blieb die Dombrowski zu Hause, schlumpfte in ihrer
kleinen Wirtschaft herum und fuhr dann oft nach Berlin. An
der noch immer offen stehenden Tür des leeren Schuppens
hing noch immer der zerrissene Männerrock, und der Pumpe
war noch immer der Hut ohne Boden aufgestülpt. Reser-
würdig war's, daß die Kinder nicht noch ungezogener wurden.

Es war Frau von Voigt gewesen, die einen allgemeinen
Zusammenschluß unter den Damen der Gemeinde ins Leben
gerufen hatte. „Unsere Männer sind im Feld, unsere Söhne
auch, wir haben Zeit genug. Hier sind soviel Frauen und
erwachsene Töchter, alle können nicht Verwundete pflegen, es
ist mindestens so wichtig, daß wir sorgen, daß den Kindern
der Mangel an männlicher Zuht nicht zu spürbar wird. Was
droht sonst den Jungen? Die Besserungsanstalt. Und den
Mädchen —?“

Es war auffallend, wie wohl den kleinen Dombrowski
das strenge Auge tat, das über ihnen wachte. Vor
der großen Dame, die so streng guckte, und die auch neu-
lich in die Schule zur Lehrerin gekommen war, hatten
die Kinder Respekt. Den Erich hatte sie schon einmal
empfindlich am Ohr gezogen, als sie ihn dabei traf, wie er
aus dem Obstorb, den der Gemüthshändler an der Bahn vor
seiner Tür stehen hatte, einen Apfel nehmen wollte. „Halt
du das schon öfter getan?“ Ihre Augen bohrten sich bis
auf den Grund seiner Seele. „Was würde dein Vater sagen,
der draußen im Krieg ist, wenn er nach Hause kommt und
das hört!“

Dem Jungen schossen die Tränen in die Augen: ja, den
Vater, den hatte er lieb, und den Apfel — na, er hatte doch
Junger.

gerade komponiert hat, so ist er ganz taub und seine Augen sind ver-
wirrt im Blicke auf das Außerliche: das kommt daher, weil die ganze
Harmonie sich in seinem Hirn fortbewegt und er nur auf diese seine
Sinnrichtung kann; daß also, was ihm mit der Welt in Verbindung hält
(das Gefühl und Gehör) ist ganz abgehackt, so daß er in der
tiefsten Einsamkeit lebt. Wenn man zuweilen lange mit ihm spricht,
und auf eine Antwort wartet, so bricht er plötzlich in Tränen aus,
weil sein Notenpapier herbei und schreibt. Er macht nicht wie der
Kapellmeister Winter, der hinderschreibt, was ihm zuerst einfiel; er
macht erst großen Plan, richtet seine Musik in eine gewisse Form,
nach welcher er nachher arbeitet.“

Ein starker Realismus der Beobachtung und Schilderung unter-
scheidet diesen Brief Bettinas von allen anderen. Daraus bemerkt
Reihmann mit Recht, daß man in diesem Schreiben einen der wert-
vollsten Berichte sehen müsse, die wir überhaupt über Beethovens
Persönlichkeit von Zeitgenossen besitzen.

Die Taucherglocke der Natur.

Die Gewinnsucht des Menschen war es, die die Taucherglocke
erfand. Man wußte, aus untergegangenen Schiffen zu retten,
was durch das Salzwasser nicht zerstört wurde, also vor allem Edel-
metalle, kostbare Steine und ähnliches. Aber ganz sicher wußte man
damals nicht, daß es lange nicht so vieler und kostspieliger Versuche
bedürft hätte, um einen beweglichen, luftleeren und wasserdichten
Raum zu schaffen. Und da hätte man nicht weiter zu tun
brauchen, als sich an einem klaren Sommermittag an das Meer
des nächstbesten Weilers zu begeben. Dort hätte man die schönste
natürliche Taucherglocke zu beobachten Gelegenheit gehabt, hätte nur
beimzugehen und sie nachzuahmen und in menschliche Verhältnisse
zu übertragen brauchen.

Nicht Gaster ist es, die unsere häßlichen, schillernden Li-
bellien dazu veranlaßt, sich einen solchen Apparat zu bauen,
sondern der natürliche Instinkt und darum doch nicht weniger bewunderns-
werte Instinkt der Brutpflege treibt sie dazu.

Die Larven können nur im Wasser leben. Auf dem Grund des
Weihers, zwischen Schlamm und Algen, kriechen sie umher, räuberisch,
mühselig, von unerbittlicher Geschäftigkeit. Aber dazu müssen doch
die Eier ebenfalls im Wasser gelangen. Denn die ausgebildete
Libelle hat nichts mehr mit dem nassen Spiegel zu tun, über dem
sie im Sommerwind glänzend und staubumfönd Kreise zieht
und winzige Insekten als Ventré dohrt.

Nur ein einzigesmal betritt sie das feindliche Element, mutig
und ohne den Tod zu scheuen — bei der Eiablage. Während ist
es zu sehen, wie das Männchen das Weibchen dabei nicht verläßt.
Mit den Fingern seines Hinterleibes hält er es im Nacken und so
fliegen sie gemeinschaftlich nach erfolgter Begattung von Schilfengel
zu Schilfengel, jeden bedachtsam prüfend und abtastend.
Endlich wählt einer geeigneten, das abwärts hängende Weibchen
läßt es entlassen, die Libelle fest umklammern und steigt
vorsichtig wie an einer Leiter in die laue Luft hinunter. Ohne die
Garrin loszulassen, klettert das Männchen nach. Im jedes von
ihnen bildet sich, fest an ihrem Körper haltend, ein taucherglocken-
ähnliches Ei, das sie vom Wasser trennt — die Taucherglocke. Aber
freilich, nicht lange holt sie im zunehmenden Druck des Wassers.
In rasender Eile bereitet die Weibchen ihre Nidernest. Mit
dem scharfen Venestachel sämelt sie die Haut des Schilfengels
auf, drückt ein Ei hinein und preßt das losgetrennte Stückchen
wieder fest. Eine ganze Reihe Kommen wird so angelegt, immer
von neuem angetrieben durch das ungeduldige Wippen des Män-
nchens. Dann steigen die beiden schnell zur Oberfläche empor, die
Taucherglocke, die sie vor dem Ertrinken schütz, zerfällt und am
nächsten, für passend befundenen Schilfengel beginnt die Arbeit von
neuem.

Hundertmal haben Menschen dieses wunderliche Tun beobachtet,
in Büchern wurde es erwähnt, den Kindern gezeigt. Und
dennoch fand sich keiner, der es nachgemacht hätte, wie ein neues
und brauchbares Modell. Jahrelang erst mußten vergehen, ehe
das Wort von der Existenz alles Lebenden geprägt wurde und ehe
man begriff, daß Erfindungen nicht nur von Menschen gemacht
werden können. Generationen von Libellen und Wasserfliegen
bauten unbedarft dem ewigen Befehl der Notwendigkeit folgend,
ihre jarte Taucherglocke um sich. Aber der menschliche Genius
wußte nichts davon.

Drei Romantiker.

Die königliche Kapelle in der Volkshalle.

Drei Werke; drei Lieder von höchstem Namenklinge:
Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Weber. Und
alle drei Karben im Glanz der Jugend und eines Ruhmes, der nie

„Da hast du den Apfel, ich laufe ihn dir. Aber tu so
was nie wieder. Ein Junge, der seinen Vater im Krieg hat,
der muß auch kämpfen — gegen sich selber.“

Was das hieß, gegen sich selber kämpfen, verstand Erich
Dombrowski nicht. Aber daß die strenge Dame doch auch
gut war, verstand er. Als ihn seine Schwester Minna vor-
schlug, an Dietrichs Jigarrrenladen das Schaufenster mit Stoi
zu beschmieren, den sie von der Straße ausgerafft hatte,
schlug er ihn ihr aus der Hand: „Was würde Vater sagen,
der draußen im Krieg ist?“ und überzeugt sagte er hinzu:
„Der weint dann!“

„Oh, Vater weint so gar nich,“ sagte Minna.
„Doch weint er!“ Erich zerrte die Schwester weg und
stieß sie in den Rücken zum Fortgehen.

Gertrud dachte: wenn sich doch auch jemand so um ihr
Kleines kümmern möchte. Der Junge wurde nun schon
munter, wollte nicht mehr den ganzen Tag im Wagen liegen
und schlafen. Jede freie Minute nahm sie ihn heraus und
spielte mit ihm; sie ließ ihn schon stehen. Er setzte seine
Häßchen schon ganz richtig, aber mit dem Laufen wurde es
noch nichts, er fiel um. Jumeist kroch er. Doch der Boden
war kalt, kein Teppich bedeckte ihn, keine Strohmatten, zwischen
den schlechtgefügteten Dielen wuchs der Schwamm, es war
feucht in dem Häuschen, das ohne jeden Schutz allen
Windes und Güssen preisgegeben stand. Gerade an
die Außenmauer ihrer Stube schlug immer der Regen
an, und wenn es draußen froh, dann glitzerte innen die
dünne Wand, von Eiskristallen bedeckt. Aber alles wäre noch
nicht so schlimm gewesen, hätte sie nur mehr Zeit für das
Kind gehabt. Die lange Fahrt nach Berlin, der weite Weg
dort zur Arbeitsstelle! Aber sie fand nichts in der Nähe.

Heute wollte es sich ihrer wie Verzweiflung bemächtigen,
als sie erst am späten Abend das Kind auf den Arm nehmen
konnte, und mit ihm in der Stube auf und ab wandern. Sie
war todmüde: früh aufgestanden, in die Stadt gefahren,
lange gearbeitet, kein richtiges Mittagessen, nur ihre mit-
genommene Brote und dazu ein bißchen Kaffee — sie hätte
sich gern schlafen gelegt, aber der Kleine wollte jetzt unter-
halten sein. Sein Gesichtchen war verschwollen, er mußte
lange geweint haben. Hatte die Dombrowski sich denn gar
nicht seiner erbarmt?

Gertrud machte die Studenür auf und rief in den
dunklen Flur. Vielleicht hatte Minka noch ein wenig Feuer.

erleichen wird. Aber noch ein Erlebnis haben sie gemeinsam:
der frühleuchtende Romantiker grüßte ihre jungen Tage, und
als der Waldhornklang der Lyriker Lied und Eichendorff im Sturm
der Zukunrevolution berwehte, entzog ihre Seele dem tranken Leibe.
Im Grunde sind alle echten Dichten und Musiker Romantiker —
zumal diese — und müssen es sein. Das wäre also gar
nicht so was Besonderes; auch nicht der Umstand, daß Schubert,
Mendelssohn, Weber aus dem Jauerborn eben jener Literatur-
romantik neue Sprachbereicherungen für die Musik heraufholten.
Sondern das Besondere besteht darin, daß jeder von ihnen nur ihm
eigenen Klangschönen Leben gab — je nach der Landmannschaft,
der er angehörte, sowie nach seiner künstlerischen Individualität.

Der Niederösterreich Schubert steht anders zur Heimatnatur
als Mendelssohn, der Niederdeutsche, oder als Weber, der Sächse.
In seiner unvollendet hinterlassenen H-moll-Sinfonie singt und
klingt jene überreichliche Ländlichkeit auf, deren man schon in den
Liedern der Rinnensänger gewahr wird. Ihre idyllische Schönheit
läßt Schmerzen und Leiden sonst weklären, in Schuberts Gemüt
und entlockt ihm herrliche Melodien und Harmonien. Bei Mendels-
sohn tritt — im „Sommertraum“ — erst zum dichterischen
Gilde Schalepacherer Phantasiegestalten die Natur. Sie trägt
keine spezifische Heimatfarbe, wie bei Schubert: sie wird dafür von
allerlei Zauberluft und Fabelwesen bevölkert — bis zu den gelben
Finten des Ganges hin. Seine Romantik entzieht andern Quellen
und geht andere Wege. Insofern jedoch ist zwischen Schubert und
Mendelssohn einige Verwandtschaft, als sie beide Lyriker sind.

Ganz anders Weber. Schon die „Oberon“-Overtüre macht
es klar; er ist Dramatiker. In seiner Musik klingt Aktion,
und recht eigentlich ist er es, der die Zauber urdeutscher Natur-
romantik in Klänge bannte. Wenn wir sagen sollen, wessen Wert
das tiefste sei, so wird wohl Schuberts „Unvollendete“ obenan-
stehen. Und wenn wir gefragt werden, wessen Wert am höchsten
geprieset wurde, so müssen wir bekennen: jedes der drei gleich schön.
Aber Webers Oberon ließ die Postkapelle und ihr Dirigent Leo
Slech in beständiger Farbenpracht und jubelndem Rhythmus er-
stehen.

Notizen.

Theater. Im Theater in der Königsgrüher Straße ist die
Erfassung von Henri Heines Schauspiel „Die Helben
auf Helgoland“ („Nordische Heerfahrt“) auf Sonnabend, den
18. Februar, festgelegt.

Land-Ausstellung des Deutschen Aus-
landmuseums. Gemäßigte Eintrittskarten zum Preise von
10 Bl. statt 20 Bl. stellen den Gemeinheitsmitgliedern zur Ver-
fügung. Die Karten können im Jigarrrengebiß von Harkß
(Gedächtnisbau) in Empfang genommen werden. Die Ausstellung be-
ginnt sich im Kunstgewerbemuseum und ist bis zum 10. Februar
täglich von 10 bis 4½ Uhr geöffnet.

Die Vasana der Schillerstiftung. Der Schu-
verband deutscher Schriftsteller schreibt: Von diesen Seiten werden
wir angefragt, ob es wünschenswert ist, daß der Professor Adolf Bartels
zum Generalsekretär der Schillerstiftung ernannt werden soll. Wie
glauben, mitteilen zu dürfen, daß nicht daran gedacht wird, eine
parteilich festgelegte Persönlichkeit, welcher Richtung auch immer,
in ein Amt zu berufen, das nicht nur völlige literarische Sachlichkeit
verlangt, sondern auch das Vertrauen aller in Frage kommenden
Kreise zur Voraussetzung hat. Aus diesem Grunde läme auch Herr
Frenz hier, der gleichfalls als Kandidat genannt wird, aber einem
ganz andern literarischen Lager angehört, nicht in Frage. Vor
einigen Tagen wurde der Dichter G. A. F. Platfaffen als für
das Amt in Aussicht genommen.

Ukrainische Briefmarken. Die ukrainische Regie-
rung verleiht die Herausgabe ukrainischer Briefmarken zu 5, 10, 15,
25, 35, 50 Kopelen und 1, 3, 5, 10 und 15 Rubel.

Hundert Jahre Kartoffelmehl. Im Jahre 1817
kann das Kartoffelmehl seinen hundertsten Geburtstag feiern,
des es auf seiner Geschichte findet. Die „Wiener Zeitung“ verzeich-
nete im Jahre 1817, daß Dr. Rajek als Direktor des polytech-
nischen Institutes Preuß das Allerschönte Wohlgefallen zu er-
kennen geben lassen und anbefohlen hat, daß dessen Verfahren,
Kartoffeln zum Teil in Mehl verwandeln zu können, welches sich
jahrelang ohne Gefahr aufbewahren und verfahren läßt, zur all-
gemeinen Kenntnis gebracht werde.“

Ein neuer Naturkuppel ist im Bialowie-
forst durch Befehl der dortigen Militärforstverwaltung abgegrenzt
worden. Das Gebiet schließt sich an Osowia, Rarowia und die
Feldforst Bialowie an und ist etwa 90 Quadrat groß. Es umfaßt
natürlich einen Waldteil, worin noch Bifente vorkommen, die
auch zu russischen Zeiten dort gekehrt worden sind.

Es war kalt hier im Zimmer, im hadernden Schlein der
dünnen Kerze glitzerte die Wand mit den Eiskristallen. Ihr
Ruf verhalte ungehört, der kalte Biegeflur gähnte sie an,
stumm und dunkel wie eine Gruft; hastig schlug sie die Tür
wieder zu.

Nebenan in der Stube, wo die Kinder jetzt schliefen, —
die Dombrowski hatte sie da herunter getan, weil's unten
wärmer sei — rührte sich etwas. Es pochte leise gegen die
trennende Wand. Nun wisperte es: „Was's denn los?“

„Ist Mutter nicht da?“

„Ne.“

„Ja, Mutter is doch da,“ piepte Minna.

Was der Junge nun noch durch die Wand kifferte, ber-
stand Gertrud nicht. Sie ahnte es — da war wohl Besuch
oben? Oh, diese Frau, was sollte das werden? Jetzt hatte
sie gar schon jemanden oben. Am liebsten hätte Gertrud die
Tür wieder aufgerissen, wäre die Treppe, die stiel wie eine
Leiter zu der Mansarde heraufgeführt, emporgellettert und
hätte mit der Faust angepöcht: „Schämten Sie sich!“ Es der-
schlug ihr den Atem. Aber dann befaß sie sich: was ging
es sie an, was jene tat? Hatte sie denn so großes Recht,
die Tugendfame zu spielen?

Zusammenschauernd schob Gertrud den Mebel vor ihre
Tür; es war ihr ein unheimliches Gefühl: ein fremder
Mann im einsamen Haus. Ach, wenn doch der Dombrowski
käme! Dombrowski —?! Es stieg ihr plötzlich heiß zu
Kopf. Nein, der lieber nicht — wenn doch der Friede käme,
endlich der Friede! Der mußte vieles wiederbringen. Ihr
brachte er freilich nicht viel. Nicht den Beileben zurück, den
ihr die Sorgen jeglichen Tages schon in die Ferne gerückt, der
ihr aber heute wieder so nahe war, merkwürdig nahe. Der
Mann, den sie oben bei Minka wußte, machte sie unruhig.
Allerhand Gedanken kamen ihr, heimliche Erinnerungen, und
auch Vorwürfe, die sich selber machte; aber die Erinnerungen
waren doch stärker.

Bedend vor Kälte und im Schauer der Erinnerungen
kroch Gertrud in ihr eiskaltes Bett. Sie nahm ihren
Kleinen neben sich und zog die Decke hoch herauf; mochte
geschehen oben, was da wollte, sie wollte nichts hören und
sehen. Aber das eine wachte sie: hier mußte sie fort. Aber
wohin —?!

(Fortf. folgt.)

